

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



Thema: 30 Jahre PCB-Management	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Transformation von unten	

THEMEN DES MONATS

Abfallpolitik

Schöne Fassade – und dahinter?

Auch beim einstigen Musterland Deutschland muss die Abfall- und Ressourcenpolitik saniert werden

Seite 2

Energiekämpfe

Gegen den Strom der Konzerne

Immer mehr KlimaaktivistInnen fordern einen radikalen Systemwechsel in der Energieversorgung

Seite 4

Partizipation

Wo ein Kläger, da ein Richter

Deutsche Umweltverbände können künftig alle Verstöße gegen EU-Umweltrecht vor Gericht bringen

Seite 6

Interview: Naturschutz

„Das Grüne Band ist identitätsstiftend“

Nach der politischen Wende in Europa wurde die urwüchsige Natur im Schatten des Eisernen Vorhangs sichtbar

Seite 19

Abfallpolitik

Schöne Fassade – und dahinter?

Auch beim einstigen Musterland Deutschland muss die Abfall- und Ressourcenpolitik saniert werden

Vermeiden, wiederverwenden, recyceln, entsorgen – diese Abfallhierarchie zu verwirklichen ist Ziel der EU-Kommission. Die deutsche Müllwirtschaft kann dafür aber nicht mehr als Vorbild dienen. Die bestehenden Regelungen hierzulande sind veraltet und erfüllen nicht mehr die Ansprüche einer umweltfreundlichen und ressourcenschonenden Entsorgungspolitik. ■ VON BENJAMIN BONGARDT, NABU

Blau für Papier, gelb für Metall und Plastik, braun für Küchenabfall und schwarz für den Rest – dieser Mülltrennungs-Farbcode ist für 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland alltägliches Entscheidungssignal bei der Abfallentsorgung. Diese Selbstverständlichkeit bei der Mülltrennung ist aber nicht überall in der EU so verbreitet wie hierzulande. Und das, obwohl die Abfallwirtschaft als eine der ersten Branchen EU-weit geregelt und somit zu einem Pionier der Umweltpolitik wurde. Klimaschutz und Chemikalienpolitik sind da eher politische Stiefkinder.

Gute Abfallpolitik als Wirtschaftsmotor

Mit der Abfallpolitik entwickelte sich aber nicht nur das Bewusstsein der Bevölkerung für die getrennte Entsorgung, sondern es wuchs auch ein ganzer Wirtschaftszweig. Je mehr getrennt, gesammelt, sortiert, aufbereitet und verwertet wird, desto mehr Beschäftigte pro Kilogramm Müll werden eingestellt. ExpertInnen in Brüssel prognostizieren 400.000 neue Jobs in der Abfallwirtschaft bis 2020. Ausschlaggebend für den erwarteten Erfolg ist in erster Linie der europäische Gedanke: Gleiche Standards und gleiche Qualität bei der Müllbehandlung müssen EU-weit gelten und umgesetzt werden. Das bedeutet auch: Die Abfallentsorgung passiert vor Ort, von wirtschaftlichen Chancen durch Wiederverwendung und Recycling können im Binnenmarkt aber alle profitieren.

Ist diese gesamteuropäische Abfallpolitik erfolgreich, kann sie auch in der Entwicklungspolitik eine Blaupause für den Umgang mit Abfällen sein. Egal ob in Ost-

europa oder Ostasien – die Entwicklung von Wachstum und Wohlstand erfordert immer auch das Entstehen einer Entsorgungswirtschaft. Das Prinzip ist dabei immer gleich: Der monetäre Wohlstand in einer Gesellschaft wächst und mit ihm der Konsum von Handys, Spielzeug, Möbeln und so weiter. Für die Abfallwirtschaft heißt das: mehr Plastik, mehr Schadstoffe, mehr Sperrmüll und prozentual weniger Biomüll pro Kopf. Gleichzeitig wird die Müllwirtschaft komplizierter, weil all die Konsumgüter nicht nur deponiert, ja noch nicht mal verbrannt, sondern wiedergenutzt werden sollen.

Die EU-Abfallpolitik begeht bislang allerdings einen folgenschweren Fehler: Die Pro-Kopf-Müllmenge wird als Input für Verbrennungsanlagen klassifiziert. Industriekunden bekommen so zwar billige Energie, mit Ressourcenschonung, Kreislaufführung und Abfallvermeidung hat das aber wenig zu tun. Eine nachhaltige Produkt- und Konsumpolitik wird dadurch ausgebremst.

Musterland Deutschland?

Gerade Deutschland schmückt sich gerne mit seiner Vorreiterrolle in der Abfallpolitik. Tatsächlich wäre es allzu schön, wenn sich die anderen EU-Länder beim Umgang mit Abfällen und der Bewältigung anstehernder und immer noch offener abfallwirtschaftlicher Probleme ein Beispiel an Deutschland nehmen könnten. Hohe Verwertungsquoten, ordentlich umgesetzte rechtliche Regelungen und sogar funktionierende Vollzugsbehörden lassen die Fassade der deutschen Abfallpolitik schön erscheinen – doch dahinter bröckelt es ge-

waltig. Die schöne Fassade steht politisch mittlerweile unter Denkmalschutz.

Vieles, was von Weitem schön aussieht, ist bei näherem Hinsehen sanierungsbedürftig und nicht an aktuelle Probleme angepasst. Die Verantwortlichen in den Ministerien und nachgeordneten Behörden wollen den schönen Schein – den Rechtsrahmen – zwar unbedingt wahren, umweltpolitische Zielsetzungen sind hier aber allzu oft Fehlanzeige. Die öffentlichen und privaten Abfallwirtschaftsunternehmen ringen um Zuständigkeiten, die BürgerInnen bleiben aber außen vor. PolitikerInnen kommentieren das sanierungsbedürftige Objekt mit klientelorientierten Statements und stellen häufig auch gleich die Leistungen der vergangenen Jahrzehnte infrage. Manche wollen sogar lieber gleich ganz neu bauen und so die bisher erfolgreiche Abfallpolitik auf der Deponie entsorgen.

Lange Liste von Versäumnissen

Die Kernsanierung wird aber immer wieder aufgeschoben. Dabei hätte die deutsche Abfallpolitik in zahlreichen Bereichen längst fortentwickelt werden müssen. Wo die Politik aber doch aktiv wird, greifen die Maßnahmen meist zu kurz: 2012 brachte die Regierung das Programm für Ressourceneffizienz auf den Weg, Ende Juli 2013 verabschiedete das Bundeskabinett ein Abfallvermeidungsprogramm. Leitbilder, Maßnahmen und Instrumente in der Ressourcen- und Abfallpolitik sind zwei Seiten derselben Medaille, dennoch nehmen die beiden neuen Programme kaum aufeinander Bezug und wirken aneinander vorbei. Noch nicht

einmal ihre Fortschreibung ist zukünftig aufeinander abgestimmt.

Ein anderes Beispiel: Die europäische Kunststoffindustrie boomt seit Jahren, nur das deutsche Kunststoffrecycling hinkt hinterher. Höhere Recyclingquoten für alle Kunststoffe und hohe Qualitätsansprüche würden Innovationen nach sich ziehen und könnten im besten Fall sogar die Kunststoff verarbeitende Industrie zu mehr Ökodesign bewegen – eine Grundvoraussetzung für Abfallvermeidung und Ressourcenschutz. Unternommen wurde bislang aber nichts. Ähnlich sieht es bei den haushaltsähnlichen Gewerbeabfällen aus, die bislang quasi keiner Regelung unterworfen sind. Dabei bergen sie ein großes Ressourceneffizienz- und Klimaschutzpotenzial. Auch die Einführung der verbraucherfreundlichen Wertstofftonne lässt schon viel zu lange auf sich warten. Dabei ist gerade die gemeinsame Sammlung aller Wertstoffe Voraussetzung dafür, dass weniger Abfälle verbrannt und stattdessen in Verwertungsanlagen recycelt werden.

Zugleich versuchen viele Kommunen das gesetzliche Getrennsammlungsgebot von Bioabfall zu umgehen, anstatt die Bioabfälle zu analysieren und die saisonal und regional sinnvollen Verwertungsarten zu fördern.

Auch die Entsorgung von Bau- und Abbruchabfällen entspricht bei Weitem nicht den Anforderungen einer guten Umwelt- und Ressourceneffizienzpolitik. Die Menge der Bauabfälle übersteigt die der Siedlungsabfälle um ein Fünffaches, obendrein ist die Bauindustrie ein gigantischer Verbraucher natürlicher Ressourcen. Bauindustrie und Entsorgungspolitik verweigern aber konkrete Ressourceneffizienzmaßnahmen wie Gebäudepässe, Wiederverwendung von Baustoffen und ein hochwertiges Recycling. Stattdessen fordert die Industrie mehr Bauschuttdeponien und stemmt sich gegen höhere Schadstoffgrenzwerte für Containerinhalte, durch die das Abkippen von Bauschutt statistisch nicht mehr als Verwertung gelten würde.

Abfallpolitik muss auf den Prüfstand

Ein zentrales Problem der deutschen Abfallpolitik bleibt aber die Müllverbrennung: Dass in Deutschland zu viele Verbrennungsanlagen betrieben werden, streitet niemand mehr ab, dagegen vorgehen will aber auch niemand. Die Bundesregierung überlegt sogar Abfall aus Nachbarstaaten zu importieren, um die Verbrennungskapazitäten hierzulande voll auszuschöpfen. Diese Überlegungen lassen aber ganz außer Acht, dass ein Drittel der Inputs von Verbrennungsanlagen als Schlacke und Filterrückstände später deponiert werden muss. Auch Landesregierungen und Behörden sehen tatenlos zu, wie private Industriekraftwerke immer mehr Müllverbrennungskapazitäten aufbauen und Kommunen alte Anlagen nicht stilllegen wollen. Verschiedene EU-Staaten führen inzwischen Deponiesteuern ein, um die Abfallströme umzulenken. In Deutschland wäre stattdessen eine Verbrennungsabgabe nötig, um die wahren Kosten der Müllverbrennung darzustellen, Rohstoffvernichtung zu stoppen und Anlagenschließungen finanziell abzusichern.

Diese Beispiele zeigen, dass Deutschland längst nicht mehr zum europäischen Vorbild taugt. Es wäre sogar falsch, abfallwirtschaftlich noch rückständigere EU-Staaten dazu zu bewegen, deutsche Gesetze und Regelungen eins zu eins zu übernehmen. Vielmehr muss sich die deutsche Abfallpolitik einige Fragen gefallen lassen: Warum zahlt ein Ersatzbrennstoffkraftwerk, das Kunststoff und Lösemittel verbrennt, eigentlich keine Energiesteuer, obwohl fossiles Kohlendioxid emittiert wird? Warum gibt es keine Vorgaben, strategische Rohstoffe wie Lithium, Indium oder Neodym aus Elektrogeräten wiedergewinnen zu müssen, auch wenn es sich noch nicht rechnet? Warum nimmt der Einzelhandel immer noch nicht flächendeckend Elektroaltgeräte zurück? Warum gibt es immer noch keine Kunststoffe, die zugleich recycelbar und biologisch abbaubar sind, damit Städte, Natur und Gewässer nicht im Wohlstandsmüll ersticken?

Die abfallpolitischen Regelungen in Deutschland sind längst nicht mehr auf dem neuesten Stand. Allerdings lässt sich der Gesetzgeber lieber darauf ein, Debatten darüber zu führen, wer am Ende für die Abfuhr der Mülltonne zuständig ist, statt umweltpolitisch innovative Ziele zu definieren. Denn die Abfallwirtschaft muss nicht nur die Ressourceneffizienz steigern, sie muss vielmehr der Idee der europäischen Abfallhierarchie folgen: Vermeidung, Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung, Beseitigung.

Die EU-Kommission will im kommenden Jahr die Abfallpolitik durchleuchten und dabei Umsetzungsstand, Ressourcenschonung und Wirkungsgrad überprüfen. Das ist dringend notwendig, gerade im einstigen Musterland Deutschland.

Dr. Benjamin Bongardt betreut als Referent für Umweltpolitik die Themen Abfall- und Ressourcenpolitik in der Bundesgeschäftsstelle des NABU.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 284984-1610
E-Mail: benjamin.bongardt@nabu.de,
www.nabu.de/themen/konsumressourcenmuell



Politikfeldübersicht Abfall

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik hat 2014 zum europäischen Jahr des Abfalls erklärt. Er will dann seinen Arbeitsschwerpunkt auf die Abfallpolitik legen. Insbesondere die Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie kommt auf den Prüfstand, denn noch immer gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Außerdem steht durch das 7. Umweltaktionsprogramm der EU das Ziel einer „Zero Waste“-Gesellschaft auf der politischen Agenda für die kommenden Jahre – auch wenn der Weg dahin wohl noch lange dauert.

Die Politikfeldübersicht Abfall der EU-Koordination des DNR fasst die Meilensteine der europäischen Abfallpolitik zusammen und bietet eine Vorausschau auf die geplanten Aktivitäten der EU-Kommission im kommenden Jahr des Abfalls.

► www.eu-koordination.de/PDF/uebersicht-eu-abfallpolitik2013.pdf

Energiekämpfe

Gegen den Strom der Konzerne

Immer mehr KlimaaktivistInnen fordern einen radikalen Systemwechsel in der Energieversorgung

In Deutschland wächst eine breite Energiebewegung. Sie setzt auf eine dezentrale, demokratisch kontrollierte und sozial-ökologisch ausgerichtete Energieversorgung und fordert die Bürgerinnen und Bürger auf: „Reclaim Power – Holt euch die Energie zurück!“ Mit Klimacamps und Fahrradkarawanen hat die Bewegung diesen Sommer Fahrt aufgenommen.
■ VON STEFANIE GROLL, GEGENSTROM BERLIN

Reclaim Power! Das ist der Name und das Motto von zwei Fahrradkarawanen, die im Juli und im August 2013 durch die Bundesrepublik gezogen sind. Eine Südrouten-Gruppe startete in Freiburg und Stuttgart, eine Nordrouten-Gruppe kam aus dem Klimacamp in Proschim in der Lausitz. Am 24. August trafen sich die beiden Gruppen im Rheinischen Klimacamp in Mannheim bei Köln.

Das Motto „Reclaim Power“ ist bewusst doppeldeutig gewählt. Es bedeutet so viel wie „Holt euch die Energie zurück!“, aber auch „Fordert die Macht für euch“. Der Name knüpft an andere Initiativen an, mit denen sich AktivistInnen gegen die Vormachtstellung von Konzernen in verschiedenen Gesellschafts- und Lebensbereichen stellen. Hinter Reclaim Power steht die Vorstellung, dass Energieerzeugung und -verteilung sowie die Entsorgung von Atommüll öffentliche Aufgaben sind. Aufgaben also, die nicht Energiekonzernen wie Vattenfall, RWE, E.on oder EnBW überlassen werden können.

Das Unbehagen gegen die Konzerne eint die Menschen

Große Konzerne stellen betriebswirtschaftliches Kosten- und Leistungsrechnen vor Klima- und Umweltschutz oder sozialen Ausgleich. Diese am reinen ökonomischen Nutzen orientierte Wirtschaftsweise wollen immer weniger Menschen hinnehmen. Dieses Unbehagen eint vor allem urbane Ökos, gemäßigte und radikale KapitalismuskritikerInnen, KlimaaktivistInnen sowie Bürgerinitiativen gegen Fracking und Atomendlager. Die entstehende Energiebewegung ist – typisch für eine soziale

Bewegung – ein kollektiver Akteur, der unterschiedliche Formen der Organisation, Intervention und Mobilisierung umfasst, um eine gemeinsame Vision von gesellschaftlichem Wandel voranzutreiben. Anstatt zum Arzt zu gehen, wie Helmut Schmidt denjenigen riet, die Visionen haben, setzten sich diesen Sommer etwa 150 Menschen auf ihr Fahrrad und radelten bei der Reclaim-Power-Tour mit. Auf ihrer Fahrt hielten sie an Orten, an denen sich Menschen mit Waldbesetzungen, Kaffeetafeln, Protestmärschen, Kohlebahnblockaden und anderen Mitteln für ein demokratisches, dezentrales, ökologisch und sozial ausgerichtetes Energiesystem einsetzen. Die Reclaim-Power-Tour besuchte unter anderem Braunkohle-GegnerInnen in der Lausitz, Anti-CCS-Initiativen in Beeskow, Anti-Atom-Gruppen im Wendland, Anti-Fracking-Gruppen in Niedersachsen, ökologische Gärtnereien und Landwirtschaftsbetriebe sowie Occupy-AktivistInnen im Ruhrgebiet. So ist die Radtour ein wichtiges Projekt der noch jungen Bewegung: Mit gemeinsamen Aktionen schafft sie eine Verbindung zwischen den zahlreichen schon bestehenden Initiativen und Gruppen. Sie alle teilen die Ablehnung des Bestehenden und den Wunsch nach Veränderung und Mitbestimmung.

Die Energiebewegung kann von der Anti-Atom-Bewegung lernen

Noch haben die Energiebewegten nicht Mittel und Masse der Anti-Atom-Bewegung, der es 2010 gelang, mit Zehntausenden den Berliner Regierungsbezirk zu umzingeln. Die Anti-Atom-Demonstrationen sind professionell organisiert und finanziert,

getragen von den großen Umweltverbänden und von den Kampagnenmachern von Ausgestrahlt und Campact in Szene gesetzt. Wenn sich die neue Energiebewegung breiter formiert, kann sie zur Erbin der Anti-Atom-Bewegung werden. Dabei kann die Energiebewegung von der Anti-Atom-Bewegung lernen, gleichzeitig ist sie aber thematisch deutlich breiter aufgestellt. Ihre Inhalte, Prämissen und Analysen sind komplexer und somit schwerer zu dramatisieren und zu skandalisieren. Gegen Atomkraft zu sein, heißt noch lange nicht, auch die gängige Art des Wirtschaftens infrage zu stellen – eine breitere Energiebewegung muss das hingegen durchaus tun. Es ist also wünschenswert, dass Anti-Atom- und Energiebewegung zusammenfinden. Eine für den Herbst 2013 geplante Konferenz in Berlin ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Energie ist ein Gesellschaftsthema

Für die Menschen, die hinter der Reclaim-Power-Tour stehen und die Energiebewegung größer machen wollen, ist die Energiefrage der Beginn einer kritischen Gesellschaftsanalyse. Sie wollen die kapitalistische Wirtschaftsweise, Klimakrisen und Umweltkatastrophen, soziale Ungerechtigkeit und Ausgrenzung hinterfragen und Alternativen aufzeigen. Für sie sind Energieerzeugung und -verteilung untrennbar mit dem industrialisierten Kapitalismus verbunden: Insbesondere Energie aus fossilen und atomaren Quellen hat den gesamten Industrialisierungsprozess befeuert. Wer die Macht über die Energie hat, hat gleichzeitig die Macht über die materiell-technische Grundlage des Kapitalismus. Die Wirtschaftswissenschaftlerin und Sozi-

alforscherin Holle Grünert schlägt in ihrer Untersuchung „Zur Rolle der Energie bei der Vergesellschaftung der Produktion in Phasen der kapitalistischen Industrialisierung“ eine Brücke zwischen Energiefrage und sozialer Frage. Diese Schnittstelle, die beispielsweise im Phänomen der Energiearmut deutlich wird, ist auch das zentrale Anliegen in Teilen der Energiebewegung, wie etwa in der Berliner Initiative „Für eine linke Strömung“ (FelS). Energiearmut bedeutet, dass Menschen aufgrund steigender Energiepreise gesellschaftliche Teilhabe vorenthalten wird und dass sie durch Strom- oder Wärmeabklemmung existenzielle Probleme bekommen können.

Mobilisieren ohne Moralkeule

Viele Menschen, die sich in der Energiebewegung engagieren, kommen aus Klima- bzw. Klimagerechtigkeitsgruppen, die sich zwischen 2006 und 2009 in Europa und Deutschland formierten. Der UN-Klimagipfel 2009 in Kopenhagen war ein Kristallisationspunkt der Klimabewegung, danach fehlten ihr aber neue Impulse. Allerdings griffen einige Klimabewegte das Konzept einer Energiedemokratie und Energiesouveränität auf und verfolgten es weiter – auch in der Hoffnung, mit einer neuen Energiebewegung wieder mehr Menschen zu erreichen. In der Tat scheint das Mobilisierungspotenzial für eine umfassende Energiebewegung groß.

Mona Bricke und Tazio Müller, damals bei Gegenstrom Berlin unter anderem an der Mobilisierung nach Kopenhagen beteiligt, schrieben in der Zeitschrift *arranca* im August 2011 rückblickend über die Klimagerechtigkeitsbewegung: „Der Versuch, eine Klimagerechtigkeitsbewegung aufzubauen, basierte auf keiner strategischen Analyse. Unsere Mobilisierung hatte zumeist moralisch-appellativen Charakter und konnte leicht so verstanden werden, dass wir Menschen in Deutschland dazu aufforderten, ihren Lebensstandard zu senken, damit andere anderswo ein besseres Leben haben können. [...] Natürlich sind moralische Argumente relevant, aber Emanzipation muss mehr sein als bloßer Appell, sie muss sich als eigenes Interesse

der sich emanzipierenden Subjekte etablieren.“ In dieses Dilemma darf die Energiebewegung nicht geraten. Die Reclaim-Power-Tour hat gezeigt, dass unterschiedliche Menschen ein Interesse daran haben, sich von dem herrschenden Energiesystem zu emanzipieren: Ein Hotelier im Spreewald ist gegen den Aufschluss weiterer Tagebaue, weil dadurch die Spree „verockert“, das heißt übermäßig mit Eisensulfid belastet wird. Die Fließende der Spree sind dann nicht mehr klar und für TouristInnen schön anzusehen, sondern rot-braun gefärbt; zudem wird das ökologische Gleichgewicht aus der Balance gebracht. Ein anderes Beispiel: Berliner BürgerInnen unterschrieben das Volksbegehren des Berliner Energietisches, weil sie Strom und Wärme nicht aus klimaschädlicher Kohle von Vattenfall beziehen, sondern weil sie erneuerbare Energien aus BürgerInnenhand wollen. Die Interessengemeinschaft Fracking-freies-Artland in Niedersachsen protestiert gegen die Pläne zur Schiefergasgewinnung von Exxon, weil sie keine toxischen Stoffe im Grundwasser möchte.

Man kann das als Not-in-my-backyard-Haltung einstufen, deshalb sind die genannten Anliegen aber nicht weniger berechtigt. Die Diskussionen mit Aktiven vor Ort zeigten während der Reclaim-Power-Tour sehr wohl, dass individueller und lokaler Protest auch in einer größeren Perspektive gesehen wird. Einfach gesagt: Wer im Wendland gegen Atomendlager kämpft, der ist sich durchaus auch darüber bewusst, dass Kohle ein Klimakiller ist. Dazu braucht es nicht erst moralische Appelle von AktivistInnen.

Die Zeit ist reif für eine neue Bewegung

Natur- und Klimakatastrophen nehmen in Menge und Intensität seit einigen Jahren zu – auch direkt vor unserer Haustür. Ein Beispiel sind die beiden Jahrhunderthochwasser in einem Abstand von nur zehn Jahren. Der Zusammenhang zwischen Energieerzeugung, Klimakrise und zunehmenden Extremwetterereignissen wird dabei aber weder in der medialen noch in der politischen Debatte thematisiert. Stattdessen streiten die ExpertInnen über technischen

Hochwasserschutz und ökologische Überflutungsräume, während die Bilder der Katastrophe in der öffentlichen Wahrnehmung langsam verschwinden.

Es kommt also darauf an, mehr Menschen diese Zusammenhänge ins Bewusstsein zu rufen. Der Energiebewegung muss es um eine Neujustierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse gehen, die durch den industrialisierten Kapitalismus und seine ressourcenzehrenden Wachstumslogik vollkommen aus dem Gleichgewicht geraten sind. Der gesellschaftliche, umwelt- und klimatechnische Problemdruck ist jetzt so groß, dass eine Bewegung wachsen kann, die die menschengemachten Krisen auch mit einem gesellschaftskritischen Ansatz anpackt. Die Reclaim-Power-Tour ist diesen Sommer das Aushängeschild der Energiebewegung. Sie macht nämlich etwas so Simple wie Zentrales: Menschen zusammenbringen, sie voneinander wissen und lernen lassen. Menschen, die nicht darauf warten, dass Beamte in Brüssel auf „Klima-Roadmaps“ pochen oder Umwelt- und Wirtschaftsminister in Berlin sich über die Energiewende einig werden.

Dabei kommt die Tour ganz ohne Parteipolitik und Wahlkampfgetöse aus. Dennoch gibt es hier und da „Zusammenstöße“ mit VertreterInnen der parlamentarischen Demokratie. Aber auch das kann produktiv sein: Die Energiebewegung sollte sich Kommunikationskanäle ins politisch-institutionelle System offenhalten, an Radikalität muss und darf sie dabei aber nicht einbüßen. Die noch junge Energiebewegung muss heute für die Umwälzung des bestehenden Energiesystems eintreten, denn auch hier gilt das Wort Rosa Luxemburgs: „Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark.“

Stefanie Groll ist Klimaaktivistin bei der Gruppe Gegenstrom Berlin und hat die Reclaim-Power-Tour mitorganisiert. Sie studierte Politikwissenschaften und beendet derzeit ihre Promotion an der Universität Münster.

Kontakt:
E-Mail: info@gegenstrom-berlin.net,
www.gegenstromberlin.net,
www.reclaimpowertour.org



Partizipation

Wo ein Kläger, da ein Richter

Deutsche Umweltverbände können künftig alle Verstöße gegen EU-Umweltrecht vor Gericht bringen

Im September hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in einem Grundsatzurteil das Klagerecht von Umweltverbänden gestärkt. Davor konnten diese gerichtlich nur gegen Vorhaben vorgehen, die mit Umweltverträglichkeitsprüfungen verbunden sind. Der Gerichtshof der EU hatte bereits 2011 entschieden, dass laut Aarhus-Konvention Umweltverbände klagen dürfen, wenn Verwaltungen gegen EU-Umweltrecht verstoßen. ■ VON MICHAEL ZSCHIESCHE, UFU

Anerkannte Umweltverbände können gegen Infrastrukturvorhaben in Deutschland klagen, wenn sie feststellen, dass Verstöße gegen Rechtsnormen vorliegen. Als erstes Bundesland schuf Bremen 1979 diese Möglichkeit. In den 80er- und 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurden die Klagerechte lange Zeit in den entsprechenden Naturschutzgesetzen der Länder erweitert, bis der Deutsche Bundestag 2002 die erste Verbandsklageregelung auf Bundesebene verabschiedete.

Umweltrechtsbehelfsgesetz bremste kritische Öffentlichkeit aus

Durch die 1998 unterzeichnete und 2001 in Kraft getretene Aarhus-Konvention sowie die auf ihr fußenden EU-Richtlinien war Deutschland gezwungen, die Rechte der Öffentlichkeit in Sachen Umweltschutz moderat zu erweitern. Durch einen Trick unterlief jedoch die Bundesregierung 2006 mit dem sogenannten Umweltrechtsbehelfsgesetz weitgehend die Erweiterung der rechtlichen Möglichkeiten der Umweltverbände. Nicht nur Vertreter von Umweltverbänden sahen darin einen eklatanten Verstoß gegen die Umsetzungserfordernisse der Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie der EU sowie der Aarhus-Konvention.

Das Trianel-Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH)⁽¹⁾ aus dem Jahr 2011 hat den Kritikern der bundesdeutschen Umsetzung in nahezu allen Punkten recht gegeben. Im Januar und April 2013 beseitigte die Bundesregierung daher den Makel der europarechtswidrigen Umsetzung der Klagerechte und legte entsprechende Novellen des Umweltrechtsbehelfsgesetzes

vor. Durch diese Novellen sowie neuere Urteile der deutschen Verwaltungsgerichte sind die Klagerechte von anerkannten Umweltverbänden nun deutlich weiter gefasst.

Gesetzesnovelle erlaubt Verbandsklage

Neu an den erweiterten Klagerechten der anerkannten Umweltverbände durch die Novellen des Umweltrechtsbehelfsgesetzes ist, dass sie nicht mehr nur auf die Reichweite subjektiver Rechte Dritter beschränkt sind, wie es 2006 die Bundesregierung fehlerhaft vorschrieb. In Deutschland wurde die Verbandsklage ja gerade deshalb erforderlich, weil nach der nationalen Verwaltungsgerichtsordnung Einzelne nur dann Rechtsmittel einlegen können, wenn sie geltend machen, in ihren subjektiven Rechten verletzt zu sein.

Dadurch können Verletzungen des Umwelt- und Naturschutzrechts im Prinzip gerichtlich nicht überprüft werden. Gegen diesen systematischen Mangel des deutschen Verwaltungsrechts wurde die Verbandsklage in den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts konzipiert und in der Folge eingeführt. Nach der Novellierung Anfang 2013 erlaubt das Umweltrechtsbehelfsgesetz nun anerkannten Umweltverbänden Rechtsbehelfe in folgenden Fällen:

- ▶ Fehlerhafte Entscheidungen über die Zulassung potenziell UVP-pflichtiger Vorhaben
- ▶ Die Genehmigung bestimmter Anlagen im Sinne von Paragraph 4 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)
- ▶ Nachträgliche Anordnungen nach Paragraph 17 Absatz 1 a BImSchG

- ▶ Wasserrechtliche Erlaubnisse für Gewässerbenutzungen, die mit einem Vorhaben im Sinne der Industrieemissionsrichtlinie verbunden sind
- ▶ Planfeststellungen für Deponien
- ▶ Entscheidungen aufgrund des Umweltschadensgesetzes

Das Trianel-Urteil des EuGH hat zudem klargestellt, dass die Überprüfung nicht nur auf umweltschützende Regelungen beschränkt ist, sondern auch darauf bezogen werden muss, „die materiellrechtliche und verfahrensmäßige Rechtmäßigkeit von Entscheidungen, Handlungen oder Unterlassungen anzufechten, für die die Bestimmungen dieser Richtlinie über die Öffentlichkeitsbeteiligung gelten“. Dieser Prüfungsumfang erlaubt den Umweltverbänden, tatsächlich als Korrektiv des aller Orten beklagten Vollzugsdefizits der Umweltvorschriften aufzutreten.

Aarhus-Konvention erweitert Klagerechte – Zulässigkeit bleibt problematisch

Die Aarhus-Konvention ist in Deutschland bislang nur unvollständig umgesetzt worden. Insbesondere die dritte Säule, der Zugang zu Gerichten, wurde nur im geringstmöglichen Maß umgesetzt. Der Zugang zu Gerichten ist damit aber noch nicht umfänglich gewährleistet. Wenn beispielsweise die Verwaltung gesetzlich notwendige Planungen, etwa zur Lärminderung, nur schleppend oder gar nicht vorantreibt, war es in Deutschland bis dato nicht möglich, Rechtsmittel dagegen einzulegen. Die Kläger wären immer an der fehlenden Zulässigkeit der Klage gescheitert.

Seit der sogenannten Braunbär-Entscheidung des EuGH aus dem Jahr 2011⁽²⁾ hat sich diesbezüglich auch in Deutschland etwas geändert. Die slowakische Umweltorganisation VLK hatte beim EuGH Klage erhoben, weil das slowakische Umweltministerium dem Verband die Beteiligung an einem Verwaltungsverfahren verweigert hatte, bei dem es unter anderem um Braunbären ging. Obwohl der EuGH feststellte, dass dem Artikel 9 Absatz 3 der Aarhus-Konvention keine unmittelbare Wirkung auf der nationalen Ebene zukommt, hat das Urteil die Klagemöglichkeiten von Umweltverbänden entscheidend erweitert.

Auch wenn anfangs gedacht wurde, die Entscheidung habe keinen Bezug zu Deutschland, haben die deutschen Verwaltungsgerichte das überraschenderweise anders gesehen. In zahlreichen Fällen wurden Klagen von Umweltverbänden zugelassen, die keine vorherigen Beteiligungen in Verwaltungsverfahren erforderlich machten.

Alle Gesetzesverstöße gegen EU-Recht können vor Gericht gebracht werden

So haben seit 2011 Umweltverbände auf die Aufstellung von Luftreinhalteplänen, gegen artenschutzrechtliche Befreiungen sowie in Bezug auf bergrechtliche Betriebspläne geklagt, ohne dass ein Verwaltungsverfahren vorangegangen wäre. Am 5. September hat

Bilanz UIG

Seit 2004 garantiert das Umweltinformationsgesetz allen deutschen Bürgerinnen und Bürgern ein Auskunftsrecht in Fragen des Natur- und Umweltschutzes.

Eine aktuelle Studie des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen hat Schwachstellen in der Informationspraxis von Behörden und Unternehmen offenbart.

Demnach wird nur knapp ein Viertel der Anfragen von Privatpersonen, zum Beispiel über Verkehrslärmmessungen oder über den Hormongehalt des Trinkwassers, korrekt beantwortet. In 75 Prozent der Fälle hatten die informationspflichtigen Stellen entweder gar nicht reagiert, die Antwort verweigert oder unvollständig geantwortet.

- Hintergrundpapier zur Ufu-Studie: www.kurzlink.de/ufu-uir-studie2013

das Bundesverwaltungsgericht in einem wegweisenden Urteil die direkte Anwendung von Artikel 9 Absatz 3 der Aarhus-Konvention als Anspruchsgrundlage be-

stätigt. Manche Umweltjuristen sprechen bereits von einer „Zeitenwende“. Ob dies so ist, wird auch die Praxis zeigen. Anerkannte Umweltverbände sollten sich jedenfalls gründlich mit der neuen Rechtssituation beschäftigen. Die rechtlichen Möglichkeiten für Umweltverbände, lange Jahre in Deutschland eher zurückgeblieben, können nun ein wichtiges Instrument der Tätigkeit von Umweltorganisationen werden. (Kommentar, S. 21)

Anmerkungen und Links

- Aarhus-Konvention www.unece.org/fileadmin/DAM/env/pp/documents/cep43g.pdf
- (1) Urteil des EuGH vom 12.05.2011 (Rs. C-115/09)
- (2) Braunbär-Urteil: www.kurzlink.de/eugh-braunbaer2011

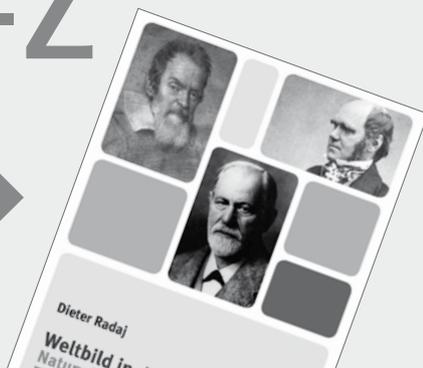
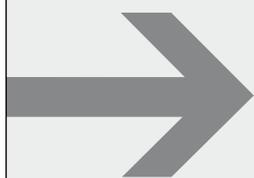
Der Jurist und Ökonom Michael Zschiesche leitet das Fachgebiet Umweltrecht & Partizipation am Unabhängigen Institut für Umweltfragen (Ufu). Gleichzeitig ist er geschäftsführender Vorstand des Instituts.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 428499-332,
E-Mail: recht@ufu.de,
www.ufu.de



Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Krisenanalyse

Klimakrise, Eurokrise, Finanzkrise – Krise allerorten und wohin man schaut. Erklärungsansätze und tiefere Einsichten zu den Ursachen sind rar. Unter Bezug auf Evolutionstheorie und Psychoanalyse und auch die aktuelle Hirnforschung aber bietet Dieter Radaj spannende philosophische Einblicke. Dabei werden Galilei, Darwin und Freud als die Begründer des modernen Weltbildes hervorgehoben.

D. Radaj
Weltbild in der Krise
Naturwissenschaft, Technik und Theologie – Ein Auswegweiser
450 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-323-7

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallpolitik**Abfallvermeidungsprogramm bleibt unkonkret**

■ Ende Juli hat das Bundeskabinett das erste Abfallvermeidungsprogramm des Bundes verabschiedet. Damit erfüllt die Regierung eine Vorgabe der europäischen Abfallrahmenrichtlinie, die alle EU-Staaten verpflichtet, ein solches Programm zu beschließen. Das Programm analysiert und bewertet Instrumente und Maßnahmen zur Abfallvermeidung und spricht Handlungsempfehlungen aus. Konkrete Ansätze, um das Abfallaufkommen in Deutschland zu verringern, enthält das Abfallvermeidungsprogramm aber nicht. Stattdessen setzt die Bundesregierung auf eine bessere Sensibilisierung der Bevölkerung sowie auf einen Dialogprozess mit Bund, Ländern und Kommunen. [dh]

- Abfallvermeidungsprogramm (PDF): www.kurzlink.de/abfallvermprog072013

Verpackungsverordnung**DNR sieht dringenden Handlungsbedarf**

■ Im Juli hat das Bundesumweltministerium einen ersten Entwurf zur Änderung der Verpackungsverordnung vorgelegt. Damit sollen Änderungen in der EU-Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle umgesetzt werden, die Anfang des Jahres auf EU-Ebene beschlossen wurden.

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) sieht aber auch über die formelle Umsetzung der EU-Richtlinie hinaus dringenden Änderungsbedarf bei der deutschen Verpackungsverordnung. Der DNR fordert beispielsweise besseren Ressourcenschutz durch höhere Verwertungsquoten für Kunststoffverpackungen und eine Neugestaltung der Regelung für Verbundverpa-

ckungen. Die gültigen Regelungen für die stoffliche Verwertung solcher Verpackungen, die aus mindestens zwei Materialien bestehen, führen laut DNR zu krassen Fehlentwicklungen: So werden etwa Getränkekartons überwiegend verbrannt und nicht wie gefordert recycelt.

Darüber hinaus fordert der DNR die Ausweitung des Einwegpfands auf alle Getränkeflaschen und -verpackungen. Das schone nicht nur Ressourcen, sondern könne auch dazu beitragen, die Verwirrung der Verbraucher zu verringern. [dh]

- DNR-Generalsekretär, Dr. Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70

Dosenpfand**Mehr Einweg statt Mehrweg**

■ Bürgerinnen und Bürger kaufen in Deutschland immer mehr Getränke in Einwegverpackungen. Das berichteten Ende Juli mehrere Zeitungen unter Berufung auf die Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage der Grünen. Demnach wurden 2011 fast 52 Prozent der Getränke in Einwegverpackungen gekauft, während der Mehrweganteil nur noch bei rund 47 Prozent lag. Im Vergleich zu 2004 brach die Mehrwegquote damit um 25 Prozent ein. Ursprüngliches Ziel des Dosenpfands war es, die Mehrwegquote zu erhöhen, um umweltschädliche und ressourcenfressende Einwegverpackungen vom Markt zu drängen.

Die umweltpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion Dorothea Steiner nannte diese Entwicklung bedrohlich: „In Deutschland haben wir das Ziel, mindestens 80 Prozent aller Getränke umweltfreundlich abzufüllen. Das wird inzwischen Jahr für Jahr weit verfehlt. Daher muss das Pfandsystem übersichtlicher werden, vor allem muss Einweg mehr kosten als Mehrweg. Einen ins Bodenlose sinkenden Mehrweganteil können wir uns ökologisch nicht leisten.“ [dh]

- Stellungnahme von Dorothea Steiner: www.kurzlink.de/doro-steiner-pfand

Kältemittelstreit**Frankreich muss Daimler-Autos zulassen**

■ Statt des umstrittenen Kältemittels HFO-1234yf verwendet der Autokonzern Daimler in vielen Modellen das in der EU verbotene Mittel R-134a. Frankreich hatte deshalb einige Mercedesmodelle nicht zugelassen. Das oberste französische Verwaltungsgericht kippte Ende August aber den Zulassungsstopp.

Statt der extrem klimaschädlichen Fluorkohlenwasserstoffverbindung R-134a soll in den Klimaanlage von Autos die vermeintlich umweltfreundlichere Alternative HFO-1234yf eingesetzt werden. Diese ist allerdings leicht entzündlich und stark brennbar, weswegen Daimler und andere Autokonzerne den Einsatz des neuen Stoffes aus Sicherheitsgründen ablehnen. Auch viele Umweltverbände machen gegen das neue Mittel mobil und stellen dessen Klimafreundlichkeit infrage.

Daimler berief sich im Zulassungsstreit mit Frankreich auf eine erweiterte Typenzulassung des Kraftfahrtbundesamts für die entsprechenden Modelle. Wird ein Fahrzeug in einem EU-Staat zugelassen, ist diese Zulassung auch in allen anderen Mitgliedstaaten gültig. Diese Auffassung teilten auch die französischen Richter. [dh]

- Mitteilung des Conseil d'État (französisch): www.kurzlink.de/conseildetat-daimler

Biozide**Neue Verordnung in Kraft**

■ Seit dem 1. September gilt in den EU-Mitgliedstaaten die überarbeitete Biozidverordnung. Wenn Produkte Biozide enthalten, müssen diese vorher nach EU-Recht genehmigt werden. Biozide sind Chemikalien zur Bekämpfung von Schadorganismen und Krankheitserregern, zum Beispiel Schimmel oder Bakterien. Sie sind beispielsweise in verbrauchernahen Produkten wie Desinfektionsmitteln, antibakteriellen Haushaltsreinigern, Holz-

schutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln vorhanden. Die giftigen Stoffe können die menschliche Gesundheit gefährden, Bakterienresistenzen fördern und die Umwelt belasten.

Das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany) empfiehlt Verbrauchern in einem Ratgeber, ihre neuen Rechte auf Information bei biozidbehandelten Waren aktiv zu nutzen und biozidfreie Alternativen zu bevorzugen. Für die klassische Hygiene seien Biozide gar nicht notwendig.

Mit der neuen EU-Verordnung wird die Kennzeichnung mit Nennung der eingesetzten Biozide zur Pflicht, wenn Produkte mit Angaben wie „antibakteriell“ versehen sind oder wenn Nanomaterialien verwendet werden. Bereits produzierte, ungekennzeichnete Waren dürfen noch etwa ein Jahr lang verkauft werden. [mbu]

► PAN-Biozidratgeber (PDF): www.pan-germany.org/download/biozide/biozid_ratgeber.pdf

Chemikaliensicherheit

Zahlreiche Regelverstöße

■ Zwei Drittel der Firmen, die in der EU kontrolliert wurden, halten geltende Vorschriften zur Chemikaliensicherheit nicht ein. Das ergab ein Bericht der europäischen Chemikalienagentur ECHA.

Überprüft wurde die Einhaltung der EU-Verordnung zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien (CLP-VO) von Mai 2011 bis März 2012. Die meisten Verstöße betreffen unzureichende Informationen auf Sicherheitsdatenblättern. Mehr als die Hälfte der Unternehmen setzten diese Vorgabe nicht korrekt um. An zweiter Stelle folgt der Verstoß gegen die Archivierungspflicht von Informationen über produzierte, importierte und angewandte chemische Substanzen und Mischungen. Der Großteil der Rechtsverletzungen wurden mündlich oder schriftlich angemahnt, Geldbußen wurden kaum verhängt.

Der ECHA-Bericht macht Empfehlungen, wie die Verordnung besser umgesetzt werden kann: So müsse vor allem bei wei-

terverarbeitenden Betrieben ein Bewusstsein geschaffen werden, die verbindliche Verordnung umzusetzen. Einer Untersuchung in Großbritannien zufolge ist vielen dieser Firmen nicht klar, dass die Regeln auch für sie gelten. [mbu]

► ECHA-Bericht (PDF): www.echa.europa.eu/documents/10162/13577/forum_report_ref2_en.pdf

Bisphenol A

Nahrung und Thermopapier sind Hauptquellen

■ Einer vorläufigen Expertise der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA zufolge nehmen Verbraucher die gefährliche Chemikalie Bisphenol A (BPA) vor allem über Lebensmittel und Thermopapier auf. Gleichzeitig stellten die Wissenschaftler fest, dass der Kontakt mit der Chemikalie geringer ist, als frühere Schätzungen ergaben. BPA ist eine chemische Verbindung, die in Lebensmittelkontaktmaterialien, beispielsweise Verpackungen, aber auch in anderen Verbrauchsgütern verwendet wird. Die aktuelle Bewertung der BPA-Exposition durch die EFSA ist die erste, bei der sowohl Nahrungs- als auch Nichtnahrungsquellen berücksichtigt werden, wie zum Beispiel Thermopapier und umweltbedingte Ursachen wie Luft und Staub. [mbu]

► www.efsa.europa.eu/de/press/news/130725.htm

Nanotechnologie

EU-Kommission macht Öffentlichkeitsarbeit

■ Die EU-Kommission möchte die Bürgerinnen und Bürger für Nanomaterialien sensibilisieren und eine höhere Akzeptanz für die Technologie schaffen. Dafür stellt sie im Rahmen des NANODIODE-Projekts rund 2,4 Milliarden Euro zur Verfügung. NANODIODE ist ein koordiniertes Programm, das EU-weit Partner aus



Seit 22 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 21,50 (für Studierende € 15,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik





Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abbestellungen:
 Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/813909-11
 E-mail: reinhard.waechter@aau.at
 Web: www.ifz.aau.at/sote

Wissenschaft, Industrie, Zivilgesellschaft, Bildung und Kommunikation vernetzt. Ziele des Projekts sind unter anderem die Entwicklung neuer Strategien für die Öffentlichkeitsarbeit und der Dialog über Nanotechnologie sowie gezielte fachliche Aus- und Fortbildungen im Bereich der Nanotechnologie. [dh]

► www.nanodiode.eu

Hormone in Babycreme

BUND-Kampagne erfolgreich

■ Kinder im Mutterleib, Säuglinge und Kleinkinder sind durch hormonell wirksame Chemikalien besonders gefährdet. Dennoch enthalten zahlreiche Babyprodukte viele dieser Stoffe. Eine Babywundschutzcreme von Penaten ist beispielsweise mit dem Stoff Propylparaben belastet. In Dänemark ist diese Chemikalie für Kinder unter drei Jahren verboten.

Zum besseren Schutz von Kindern in Deutschland startete der BUND daher eine Petition, die den Penaten-Hersteller Johnson & Johnson auffordert, künftig auf Parabene zu verzichten. Mit Erfolg: Nachdem in kürzester Zeit über 25.000 VerbraucherInnen die Petition unterzeichnet hatten, lenkte der Hersteller Anfang August ein und kündigte an, ab Mitte 2014 keine hormonell wirksamen Stoffe mehr in seinen Babyprodukten verwenden zu wollen. [dh]

- www.kurzlink.de/bund-penatenpetition
- BUND-Studie zu hormonell wirksamen Stoffen in Kosmetika: www.bund.net/index.php?id=18264

Elektromog

Neue Vorschriften

■ Mitte August ist die Novelle der Bundesimmissionschutzverordnung in Kraft getreten. Kern der neuen Vorschriften sind der präventive Schutz und Vorsorge vor möglichen Gesundheitsrisiken durch elektrische, magnetische und elektromagnetische Felder. Beispielsweise dürfen

neue Stromtrassen nicht mehr Wohngebäude überspannen. Außerdem sollen elektrische und magnetische Felder beim zukünftigen Ausbau der Stromnetze minimiert werden.

Der BUND hatte die neue Immissionschutzverordnung bereits nach der finalen Abstimmung im Bundestag als unzureichend kritisiert. Sie biete zu wenig Schutz vor elektromagnetischen Strahlen, die von Sendeanlagen und Hochspannungsleitungen ausgehen (umwelt aktuell 07.2013, S. 10). 2011 hatte die internationale Krebsagentur der Weltgesundheitsorganisation elektromagnetische Strahlungen als möglicherweise krebserregend eingestuft. [dh]

- Wilfried Kühling, BUND-Elektromogexperte, Tel. +49 (0)345 / 5526043, E-Mail: wilfried.kuehling@bund.net, www.bund.de
- www.kurzlink.de/novelle-bimschv-2013

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Atom-GAU in Fukushima

Folgen weiter gefährlich

■ Die Atomaufsicht in Japan hat Ende August die Gefahrenstufe im Atomreaktor Fukushima von eins („Anomalität“) auf drei erhöht. Der Betreiber Tepco gab bekannt, dass rund 300 Tonnen verseuchtes Wasser aus einem Auffangtank ausgelaufen sind. Die restlichen 700 Tonnen Wasser sollen nun in einen anderen Tank gefüllt werden. Seit 2011 werden die Reaktoren mit Wasser gekühlt. Eine weitere ernst zu nehmende Gefahr besteht in der Verseuchung des Grundwassers, welches sich seinen Weg in die Atomruine bahnt.

Zwei Jahre nach dem Atomunfall wurden zudem mehr Fälle von Schilddrüsenkrebs bei Kindern festgestellt, berichtete der japanische Nachrichtensender NHK. Die Zahl der erkrankten Kinder stieg auf 18, die Zahl der Verdachtsfälle auf 25. Die Präfekturverwaltung will die Schilddrüsen aller Kinder und Jugendlicher untersuchen. Bis jetzt wurden 210.000 von 360.000 Kin-

dern und Jugendlichen untersucht. Ob es einen Zusammenhang zwischen den Erkrankungen und dem GAU im Atomkraftwerk Fukushima gibt, ist unklar. [vw]

► www.kurzlink.de/fukushima-folgen2013

Nagoya-Protokoll

Norwegen gegen Biopiraterie

■ Norwegen hat Ende August als erstes Industrieland das Nagoya-Protokoll ratifiziert. Das Protokoll soll für einen Vorteilsausgleich gegenüber den Entwicklungsländern sorgen. Es regelt die Verteilung der Gewinne aus der Nutzung von beispielsweise Heilpflanzen zwischen indigenen Völkern und Unternehmern und den Zugang zu genetischen Ressourcen. Norwegen ist das 19. Land, das das Protokoll ratifizierte. 50 Ratifizierungen sind notwendig, damit das Abkommen in Kraft treten kann. Deutschland und weitere EU-Länder haben das Abkommen 2011 unterzeichnet, die Ratifizierung steht aber noch aus. [vw]

► www.kurzlink.de/Nagoya-Protokoll

Yasuní-Nationalpark

Kein Schutz für Einheimische und Artenvielfalt

■ Der ecuadorianische Staatschef Rafael Correa hat eine Vereinbarung über Hilfszahlungen mit Deutschland gekündigt. Weil das Bundesentwicklungsministerium Kritik an Ölförderungsplänen im Yasuní-Nationalpark geäußert hatte, erklärte Ecuador die Initiative zur Schonung des Unesco-Biosphärenreservats für gescheitert. Das Ministerium hatte 34,5 Millionen Euro für den Schutz von Artenvielfalt und indigenen Völkern zugesagt. Correa sagte in einem Fernsehinterview, dass er bereits gezahlte Gelder zurückzahlen werde. [vw]

- www.kurzlink.de/rhnU5LDDn
- www.kurzlink.de/Zeit-Ecuador

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

EU-Klimapolitik

EU-Staaten uneins über Ziele

■ Derzeit diskutiert die EU, wie es mit der Klimapolitik nach 2020 weitergehen soll. Die Kommission hatte eine Konsultation über Klimaziele bis 2030 geschaltet, an der sich 14 Mitgliedstaaten beteiligten. Einige Staaten, darunter Frankreich und Litauen, sprechen sich für Klimaziele in den drei Bereichen Kohlendioxidreduktion, erneuerbare Energien und Energieeffizienz aus. Dänemark fordert alle drei Ziele verbindlich zu machen.

Großbritannien, Finnland und Tschechien wollen nur ein Ziel zur Verringerung der Treibhausgasemissionen festlegen, jedoch keine für erneuerbare Energien und Energiesparen. Polen, Estland und Zypern wollen weniger starke Vorschriften für den Energiemix. Rumänien spricht sich für eine starke Atomkraft aus, da diese emissionsarm sei und kosteneffizienter als die erneuerbaren Energien.

Umweltverbände fordern drei verbindliche Klima- und Energieziele für 2030: „Ein alleiniges Klimaziel reicht nicht aus, um Investitionsanreize in Erneuerbare und in Effizienztechnologien zu schaffen. Energiesparen ist aber die günstigste Form von Klimaschutz. Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen dürfen wir uns dieses Potenzial nicht entgehen lassen“, sagte Stefanie Langkamp, Klima- und Energieexpertin beim DNR. [vm]

- ▶ www.ec.europa.eu/energy/consultations/20130702_green_paper_2030_en.htm
- ▶ DNR, Klimaexpertin Stefanie Langkamp, Berlin, +49 (0)30 / 6781775-79, Fax -80, E-Mail: stefanie.langkamp@dnr.de, www.dnr.de

Erneuerbare Energien

Handelsstreit beigelegt

■ Im Handelsstreit um die Einfuhr von Solarpaneelen haben sich China und die EU Ende Juli geeinigt. So sollen chinesische Produzenten künftig einen Mindestpreis zwischen 55 und 57 Eurocent pro Watt einhalten und insgesamt nicht mehr Solarmodule als mit einer Gesamtleistung von sieben Gigawatt einführen dürfen. Für größere Importmengen oder bei Unterschreitung des Mindestpreises gilt ein Strafzoll von 47,6 Prozent.

Die Allianz für bezahlbare Solarenergie kritisierte die Einigung. Eine Preiserhöhung bei den Paneelen gefährde auch Arbeitsplätze bei Installateuren und Projektentwicklern. Auch die Hersteller von Solarprodukten zeigten sich unzufrieden, allerdings aus dem entgegengesetzten Grund: Der Mindestpreis sei viel zu niedrig, um die Hightech-Industrie in Europa zu retten. „Das ist quasi eine Absatzgarantie für China und ein Freibrief, weiter zu Dumpingpreisen zu verkaufen“, sagte Milan Nitzschke, Präsident von EU ProSun. [sl]

- ▶ www.prosun.org
- ▶ www.afase.org

Energiewende I

Kohlestrom boomt

■ Ein Hintergrundpapier der Deutschen Umwelthilfe (DUH) von Mitte September zeigt, dass der historische Höchstwert für Stromexporte auf einen neuen Boom der Stein- und Braunkohlekraftwerke zurückzuführen ist. Nachdem 2012 bereits ein Rekordjahr in Sachen Stromexporte für deutsche Kraftwerksbetreiber war, deuten die Zahlen für das erste Halbjahr 2013 darauf hin, dass diese im laufenden Jahr noch einmal rapide ansteigen werden. Und das, obwohl die Strommenge aus Erdgas, Wind und Wasser zurückgeht.

„Der Detailvergleich zeigt, dass die erneut kräftig gestiegenen Stromexporte allein aus klimaschädlichen Kohlekraftwerken stammen“, sagte Gerd Rosenkranz,

Leiter Politik und Presse der DUH. „Das Gerede vom Ökostrom-Überschuss ist ein Märchen. Was wir stattdessen erleben, ist ein neuer Kohleboom und damit einen Anstieg der nationalen Treibhausgasemissionen. Das ist das exakte Gegenteil der Energiewende, die wir uns vorgenommen haben.“ Eine Ursache für diese Entwicklung ist der Niedergang des europäischen Zertifikatehandels. Deutsche Klimakiller-Kraftwerke können konkurrenzlos billigen Strom produzieren.

Der Billigstrom ist paradoxerweise auch für einen neuen Anstieg der EEG-Umlage verantwortlich, die im kommenden Jahr auf sieben Cent anwachsen könnte. Durch laufend sinkende Börsenpreise vergrößert sich die Differenz zu den garantierten Preisen für Ökostrom. So steigt die Umlage, obwohl die Menge an Ökostrom im ersten Halbjahr 2013 erstmals zurückging.

Nach der Wahl müsse also dringend umgesteuert werden. Dazu gehört laut DUH auch die Verabschiedung eines Bundesklimagesetzes, das verbindliche CO₂-Grenzwerte für jeden Sektor sowie Mindestwirkungsgrade für elektrische Stromerzeugung festlegt. [Quelle: klima-allianz, sl]

- ▶ www.kurzlink.de/duh2013stromexp
- ▶ www.die-klima-allianz.de

Energiewende II

Befreiung von EEG-Umlage

■ Bis Anfang Juli haben 2.367 Unternehmen für das kommende Jahr Anträge zu Begünstigungen bei der EEG-Umlage eingereicht. Dieser Rekord könnte noch weitersteigen, da bisher nur elektronisch eingegangene Anträge erfasst wurden. Die Zahlen teilte das Bundesumweltministerium auf Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion mit.

Die Bundesregierung hatte in diesem Jahr die Ausnahmen für Unternehmen nochmals ausgeweitet. Zu den profitierenden Unternehmen gehören auch Braunkohlekonzerne und Kinobetreiber. Begünstigte Firmen müssen derzeit nur noch 0,05 Cent EEG-Umlage je Kilowatt- ▶

stunde zahlen, Privathaushalte dagegen 5,3 Cent. Laut einer Studie des Öko-Instituts profitieren energieintensive Industrieunternehmen entgegen vieler Behauptungen vom Erfolg der Erneuerbaren Energien. Die Kosten für die Vergütung müssten jedoch die Kleinverbraucher schultern. Für 2013 liegen diese bei rund 20,4 Milliarden Euro. [vm]

- ▶ www.kurzlink.de/gp-foes-teilstudie
- ▶ www.oeko.de/oekodoc/1793/2013-475-de.pdf

Energiewende III

RWE schaltet Kraftwerke ab

■ Der Energiekonzern RWE will in den nächsten drei Jahren Steinkohle- und Gaskraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 3.100 Megawatt in Deutschland und den Niederlanden vom Netz nehmen. Das verringert die gesamte Energieerzeugung von RWE um rund sechs Prozent. Einige Kraftwerke rechneten sich nicht mehr, teilte der Konzern bei der Vorstellung seiner Quartalszahlen im August mit. Wegen der wachsenden Strommenge aus erneuerbaren Energien werden konventionelle Kraftwerke immer seltener gebraucht. Die Energiewende drücke die Strompreise an der Börse auf teilweise weniger als 37 Euro

je Megawattstunde. Das reiche nicht aus, um die Erzeugungskosten zu decken. Trotz gleichem Stromabsatz ging das betriebliche Ergebnis im Bereich konventioneller Stromerzeugung laut Konzernangaben um 62 Prozent zurück. Allerdings konnte RWE seinen Umsatz im ersten Halbjahr um zwölf Prozent auf 4,1 Milliarden Euro steigern. Das lag vor allem an den guten Gasgeschäften. [vm]

- ▶ www.kurzlink.de/pm_rwe_08/13

Fracking

Umweltstandards gefordert

■ Fracking stellt eine erhebliche Bedrohung für Mensch und Natur dar. Deshalb forderten der NABU und der Verein zur Förderung der Umweltverträglichkeit (UVP-Gesellschaft) Ende August, gesetzliche Regeln und Umweltstandards für die umstrittene Methode einzuführen.

Fracking müsse neben der Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes und der Verordnung für die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben ebenso fester Bestandteil im Bundesberggesetz sein. Vor dem Hintergrund der ungeklärten Umweltrisiken sprechen sich der NABU und die UVP-Gesellschaft auch für eine

EU-weite Regelung für Fracking im Rahmen der UVP-Richtlinie aus. Erst wenn alle offenen Fragen um die neue Technologie lückenlos geklärt seien, könne es zu einer abschließenden Bewertung kommen. Solange müssten alle bereits genehmigten Vorhaben ausgesetzt und neue Anträge abgelehnt werden. Ende August protestierten Hunderte Menschen unter anderem in Kassel und Hamburg gegen die Schiefergasförderung. [mh, vm]

- ▶ www.nabu.de
- ▶ www.uvp.de

Nachhaltige Biomasse

Kriterien gesucht

■ Laut einer Meldung des Umweltinformationsdienstes ENDS Europe Daily arbeiten die Generaldirektionen der Europäischen Kommission derzeit an einem Richtlinienvorschlag über Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse. Diese sollen jedoch nur für große Anlagen ab einer Leistungsstärke von einem Megawatt Strom beziehungsweise 2,5 Megawatt bei Wärmekraftwerken gelten. Dabei orientiert sich die Kommission an den bereits bestehenden Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe. Biogasanlagen sollen min-



Damit Deutschland nicht nachzahlt

Die Energiekosten in Deutschland steigen, viele Haushalte müssen hohe Nachzahlungen für Strom und Heizung leisten. Das tut besonders denen weh, die sowieso schon jeden Euro zweimal umdrehen müssen.

Sollen wir deshalb doch wieder auf (vermeintlich billigen) Atomstrom setzen? Dass es jenseits platter Polemik auch anders geht, zeigt Michael Kopatz: Er stellt Maßnahmen vor, mit denen sich die Energiewende fair und sozial verträglich realisieren lässt.

Michael Kopatz u. a., Wuppertal Institut (Hrsg.)

Energiewende. Aber fair!

Wie sich die Energiezukunft sozial tragfähig gestalten lässt

296 Seiten, Broschur, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-428-9
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



destens 60 Prozent Emissionen gegenüber der fossilen Strom- und Wärmeproduktion einsparen. Bestimmte Landkriterien sollen außerdem sicherstellen, dass Gebiete mit hoher Biodiversität durch die Gewinnung von Biomasse nicht gefährdet werden. Die Generaldirektion Energie fordert, die Bestimmungen dürften nur für Anlagen gelten, die nach dem Richtlinienvorschlag in Betrieb genommen werden.

Umweltverbände kritisierten den Vorschlag. Die Kommission lasse Studienergebnisse des Europäischen Umweltbüros (EEA) außer Acht, wonach die Klimaauswirkungen von Biomasse falsch berechnet worden seien. Außerdem würden indirekte Landnutzungsänderungen (ILUC) nicht berücksichtigt. In der Kritik steht auch eine Gesetzeslücke, die die Verwendung von Materialien aus Wäldern erlaubt, die auf natürliche Weise – etwa durch Stürme oder Brände – zerstört wurden. [vm]

- ▶ Quelle: ENDS, 19.8.2013
- ▶ www.kurzlink.de/ngo-briefing-biomass

Erneuerbare Energien

Parlament stimmt über Biokraftstoffe ab

■ Anfang September hat das Europäische Parlament über eine Richtlinienänderung abgestimmt, die die negativen Auswirkungen von Biokraftstoffen mindern soll.

Das Parlament sprach sich dafür aus, die Auswirkungen von indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC) auf die Klimabilanz von Agrotreibstoffen bei der Kraftstoffqualitätsrichtlinie ab 2020 zu berücksichtigen. Die Kommission schlug lediglich eine Berichterstattungspflicht vor. Indirekte Landnutzungsänderungen treten dann auf, wenn für den wachsenden Bedarf an Agrotreibstoffen neue Ackerflächen geschaffen werden müssen. Die dabei entstehenden Emissionen verkehren die Klimabilanz von Biosprit oftmals ins Negative.

Die Abgeordneten stimmten außerdem dafür, konventionelle Biokraftstoffe aus Nahrungspflanzen auf sechs anstatt bis-

her zehn Prozent des Energieverbrauchs bis 2020 zu begrenzen. Mit einer knappen Mehrheit lehnten die Abgeordneten ab, dass Verhandlungen mit dem Rat direkt aufgenommen werden. Nun geht der Gesetzesentwurf in die zweite Lesung.

Umweltverbände zeigten sich enttäuscht über die Abstimmung. Der BUND bezeichnete die Entscheidung als sozial und ökologisch nicht vertretbar. Gesche Jürgens, Waldexpertin bei Greenpeace sagte: „Der Beschluss des EU-Parlaments bedeutet, dass auch zukünftig wertvolles Getreide und Pflanzenöle in den Tank wandern werden. Damit macht sich die EU mitschuldig am Hunger in der Welt.“ [vm]

- ▶ DNR-Factsheet Biokraftstoffe:
www.eu-koordination.de/publikationen

EU-Beihilferecht

EU-Kommission dementiert Atomsübsventionen

■ Ein Sprecher von EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia wies Medienberichte über EU-Subventionen für Atomkraft zurück. Die Frage sei bislang „völlig offen“. Derzeit erarbeite die Behörde Leitlinien für staatliche Beihilfen im Energie- und Umweltsektor. Dabei ginge es lediglich darum, Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Die Süddeutsche Zeitung hatte berichtet, dass die EU bei der Überarbeitung der Beihilferichtlinie einen Ausbau von Atomenergie anstrebe. Mitgliedstaaten sollten den Bau und Betrieb von AKWs künftig leichter subventionieren können. Bei einer Konsultation hatten sich Anfang Juli mehrere EU-Länder für eine Subventionierung ausgesprochen. Die Richtlinie soll nach der Sommerpause vorgelegt und bis zum kommenden Frühjahr verabschiedet werden.

Die EU-Kommission schätzt, dass die staatliche Förderung für Atomkraft in der EU bereits jetzt höher ist als für erneuerbare Energien. Sie geht davon aus, dass im Jahr 2011 insgesamt 35 Milliarden Euro in Atomkraft und 30 Milliarden Euro in er-

neuerbare Energien geflossen sind. Zählt man weitere Vorteile für Atomkraft hinzu, etwa die nicht ausreichende Haftungsversicherung, dürften die Subventionen weit höher sein. [sl]

- ▶ www.ec.europa.eu/commission_2010-2014/almunia/index_de.htm

Atomenergie

Kosten falsch geschätzt

■ Im Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“ hat die EU-Kommission die Kosten für erneuerbare Energien überschätzt und die für konventionelle Energien unterschätzt.

Das geht aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hervor. Die Kommission nutze in ihren Berechnungen für die Kosten von Atomkraft veraltete Zahlen, kritisiert das DIW. Nach den Prognosen der Kommission sinken die Kosten pro Kilowattstunde Atomstrom auf 3.618 Euro bis zum Jahr 2050. Das DIW geht jedoch von Kosten zwischen 5.000 und 7.000 Euro pro Kilowattstunde aus. Gründe dafür seien die enormen Baukosten, sowie die Kosten für Endlagerung und mögliche Risiken. Diese Faktoren lässt die Kommission bei ihren Berechnungen jedoch außer Acht.

Dagegen habe die EU die Kosten für erneuerbare Energien massiv überschätzt, besonders beim Solarstrom. Hier seien die Kosten bereits jetzt so günstig, wie es die EU für 2040 oder 2050 vorhersagte. [vm]

- ▶ DIW-Studie: www.kurzlink.de/diw2013

Fossile Kraftwerke

Keine Kohle für Kohle

■ Die Europäische Investitionsbank (EIB) finanziert in der EU künftig keine Kohlekraftwerke mehr. Alle Kraftwerke mit CO₂-Emissionen von über 550 Gramm pro Kilowattstunde gehen leer aus. Ausnahmen macht die Bank für Inseln wie den

Azoren, die so isoliert liegen, dass die Versorgungssicherheit gefährdet sein könnte. Auch außerhalb der EU will die Bank das schmutzige Kohlegeschäft weiterführen, nämlich dann, wenn die Kraftwerke besonders zur Armutsbekämpfung und zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Eine endgültige Entscheidung über die Ausnahmen steht allerdings noch aus.

Umweltverbände fordern seit Langem, dass Banken die Finanzierung umweltschädlicher Projekte stoppen und stattdessen in erneuerbare Energien oder Energieeffizienz investieren. Auch die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung planen, ihre Kreditvergabekriterien zu überprüfen. [sl]

► www.eib.org

Fracking

Rückschlag für Polen

■ Polen hat mit seiner Vergabe von Frackingkonzessionen gegen EU-Recht verstoßen. Zu diesem Urteil ist der Europäische Gerichtshof Mitte Juli gekommen. In Polen war es bislang nur Firmen, die auch in Polen registriert sind, erlaubt, eine Konzession für die Suche, Erschließung oder Förderung von Schiefergas zu beantragen. Mit dieser Regelung seien andere europäische Unternehmen diskriminiert worden, so der EuGH. Mit seinem Urteil gibt der Gerichtshof einer Klage der EU-Kommission recht.

Polens Regierung reagierte enttäuscht auf das Urteil. Man habe die beanstandeten Passagen im Frackinggesetz bereits überarbeitet und erwarte, dass die EU-Kommission die Änderungen bis Ende August annehme, so Polens Vize-Umweltminister Piotr Woźniak.

Die europäische Umwelt-NGO Friends of Earth Europe sieht in dem Gerichtsentcheid einen herben Rückschlag für die polnische Fracking-Politik. So sei mit erheblichen Verzögerungen bei zahlreichen geplanten Bohrungen zu rechnen. [fc]

► Urteil des EuGH: www.kurzlink.de/frackeuigh

CO₂-Abscheidung

Schleswig-Holstein sagt Nein

■ Die rot-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein hat Anfang August beschlossen, die unterirdische Speicherung von CO₂ (CCS) zu verbieten. Ein entsprechender Gesetzesentwurf verbietet auch Forschungs- und Demonstrationsanlagen. Die umstrittene CCS-Technologie verlängere nur das Zeitalter von Kohle und Gas, lautet die Begründung aus Kiel. Außerdem wolle man eine mögliche Beeinträchtigung des Tourismus verhindern. Auch die Grünen-Landestagsfraktion in Brandenburg hat nun einen Gesetzesentwurf gegen das CCS-Verfahren vorgelegt. [vm]

► www.kurzlink.de/GesetzesentwurfCCS

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Konsumverhalten

Lebensmittelverschwendung belastet die Umwelt

■ Etwa 1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel landen weltweit jedes Jahr auf dem Müll. Diese Vergeudung bedeutet nicht nur wirtschaftlich einen großen Verlust, sondern richtet auch erhebliche Umweltschäden an. Das ergab eine Studie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).

Denn für die Herstellung der rund 1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel, die dann nicht verspeist werden, sind jährlich knapp 250 Kubikkilometer Wasser erforderlich. Zum Vergleich: Der Bodensee enthält 48 Kubikkilometer. Bei der Produktion entstünden zudem jährlich Treibhausgase, die der Wirkung von 3,3 Milliarden Tonnen Kohlendioxid entsprächen, heißt es in dem UN-Bericht.

Mehr als die Hälfte der Nahrungsmittelverschwendung geschieht laut Studie während der Produktion, der Nachernte und der Lagerung. 46 Prozent fielen bei

der Weiterverarbeitung, der Auslieferung und dem Konsum an. Die EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, die Menge der verwertbaren Lebensmittelabfälle bis zum Jahr 2020 um die Hälfte zu reduzieren. In Deutschland läuft die Kampagne „Zu gut für die Tonne“.

FAO-Generaldirektor José Graziano da Silva appellierte an alle an der Nahrungsmittelkette Beteiligten – Landwirte, Fischer, Lebensmittelproduzenten und Supermärkte, Regierungen sowie Verbraucher – etwas zu ändern, um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden und andernfalls Nahrungsmittel wiederzuwerten und zu recyceln. Angesichts von 870 Millionen hungernden Menschen sei es auch moralisch nicht vertretbar, dass ein Drittel der erzeugten Nahrungsmittel auf dem Müll landeten. [mbu]

► FAO-Studie zu Lebensmittelverschwendung: www.fao.org/docrep/018/i3347e/i3347e.pdf

Produktsicherheit

Spielzeug in der EU bald weniger giftig?

■ Seit Juli gelten EU-weit strengere Regeln für gesundheitsschädliche Stoffe in Kinderspielzeug. Am 21. des Monats trat der chemische Teil der 2009 beschlossenen Spielzeugrichtlinie in Kraft.

Sie legt die Obergrenzen für die Belastung mit chemischen Substanzen in Kinderspielsachen fest. Demnach sind in zugänglichen Teilen von Spielzeug ab sofort 55 krebserregende, erbgutverändernde und giftige Stoffe verboten. Elf Substanzen, die im Verdacht stehen, Allergien auszulösen, müssen gekennzeichnet werden. Für die Metalle Barium und Cadmium sind schärfere Grenzwerte festgelegt worden als bisher.

In Deutschland ist sogar ein noch geringerer Anteil dieser Metalle erlaubt als in der übrigen EU. Im Mai hatte das Gericht der Europäischen Union (EuG) entschieden, dass Deutschland seine strengeren Werte für diese Stoffe vorerst weiter anwenden

darf. Die Bundesrepublik hatte zuvor einen Antrag auf eine einstweilige Verfügung gestellt, um die strengeren Grenzwerte beibehalten zu können. Dies gilt noch bis zum Hauptverfahren.

Die EU bleibt nach Ansicht der Women in Europe for a Common Future (WECF) hinter dem Machbaren zurück. Zwar gelte jetzt ein Verbot, krebserregende oder erbgutverändernde oder fortpflanzungsfördernde Stoffe in Spielzeug zu verwenden, allerdings dürften diese Stoffe durch die Hintertür unter bestimmten Voraussetzungen dennoch eingesetzt werden. [mbu]

- ▶ Zur EU-Spielzeugrichtlinie:
www.ec.europa.eu/enterprise/sectors/toys/documents/directives/index_en.htm
- ▶ www.wecf.eu/

Umfrage I

Ökobarometer 2013

■ Immer mehr junge Leute kaufen Bio-produkte. Das ergab eine Studie im Auftrag des Bundesverbraucherministeriums. Demnach kauft gut ein Viertel der unter 30-Jährigen häufig Waren aus ökologischem Anbau. Das sind neun Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

Im Gegensatz dazu gab es bei älteren Verbrauchern einen Rückgang der Bioeinkäufe. So gaben 19 Prozent der 50- bis 59-Jährigen an, Bioprodukte zu kaufen, im Jahr zuvor waren es 26 Prozent. Für die meisten der Befragten ist die regionale Herkunft der Hauptgrund Biolebensmittel zu kaufen. [rm]

- ▶ www.kurzlink.de/oekobarometer13

Umfrage II

Umweltsteuer auf Getränkeverpackungen?

■ Der Mehrheit der Deutschen ist die Umweltbilanz ihrer Getränkeverpackungen wichtig. Dies zeigt eine Umfrage

im Auftrag des NABU. Fast jeder Zweite würde mehr Geld für eine umweltfreundliche Verpackung ausgeben und 44 Prozent halten eine Umweltsteuer für sinnvoll.

Der Anteil ökologisch vorteilhafter Getränkeverpackungen liegt inzwischen unter 50 Prozent. Der NABU fordert eine Umweltsteuer, um die Mehrwegquote zu erhöhen, umweltfreundliche Unternehmen zu unterstützen und Handelsfilialen zur Aufstockung des Mehrweganteils zu motivieren. [vv]

- ▶ www.kurzlink.de/NABU-Mehrwegumfrage
- ▶ www.kurzlink.de/NABU-Steuvorschlag

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Agrarsubventionen

EU-Kommission fordert Millionensumme zurück

■ 15 EU-Länder müssen Agrargelder in Höhe von 180 Millionen Euro zurückzahlen, die nicht ordnungsgemäß verwendet wurden. Das teilte die EU-Kommission Mitte August mit. Sie begründete die Rückforderung damit, dass geltende Vorschriften nicht eingehalten worden seien oder die nationalen Kontrollverfahren für die Ausgaben der Agrarmittel Mängel aufwiesen.

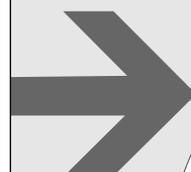
Die aktuellen Forderungen beziehen sich auf gezahlte Agrargelder aus den Jahren 2007 bis 2010. Die größten Beträge werden nun für Großbritannien, Polen und Dänemark fällig. Auch Deutschland muss rund sieben Millionen Euro erstatten.

Die Mitgliedstaaten sind für die ordnungsgemäße Auszahlung und Prüfung der Agrarsubventionen zuständig. Die EU-Kommission stellt im Rechnungsabschlussverfahren sicher, dass die EU-Länder die Mittel vorschriftsmäßig verwenden. Die Kontrollen finden fortlaufend im ganzen Jahr statt. [dh]

- ▶ EU-Kommission zu Rückforderungen:
www.europa.eu/rapid (Reference: IP/13/773)

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Schicksal

In der Lubminer Heide an der Ostseeküste, wo bis 1990 ein Kernkraftwerk stand, wurde auch die Anlandestation der russischen Ostseepipeline gebaut. Und ausgerechnet inmitten dieser beliebten Tourismusregionen wird weiter versucht, Kohle- und Gaskraftwerke zu errichten. Die vorliegende Chronik zum tragischen Schicksal dieser Landschaft berichtet aber ebenso von den Erfolgen bürgerlichen Engagements für Umwelt- und Naturschutz.

G. Vater
Schwarzbuch Lubminer Heide
Eine Chronik der Umweltgefährdung und Naturzerstörung an der Ostseeküste

468 Seiten, mit vielen Abbildungen, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-449-4

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Agrarhandel**Engere Kooperation zwischen EU und China geplant**

■ EU-Landwirtschaftskommissar Dacian Cioloș und Vertreter der chinesischen Regierung haben sich Ende Juli über Ernährungssicherheit, ländliche Entwicklung und Klimawandel ausgetauscht. China und die Europäische Union wollen im Agrarsektor enger zusammenarbeiten. Beide Länder hatten im vergangenen Jahr vereinbart, dafür ein Kooperationsprogramm für die Landwirtschaft aufzustellen.

Weitere Themen der Gespräche waren neben der Produktpiraterie – zum Beispiel gefälschter Wein – die Ernährungssicherheit und die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität sowie die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen. Außerdem soll der Dialog den Handel mit Agrarprodukten sowie das europäisch-chinesische Abkommen über eine Anerkennungsregelung für Ökoprodukte und die Vereinbarung über qualitativ hochwertige Lebensmittel weiter voranbringen. China und die EU planen langfristig ein Freihandelsabkommen. [mbu]

- EU-Kommission zu Kooperation mit China: www.europa.eu/rapid (Reference: IP/13/719)

Agrarreform national**Auf nach der Wahl verschoben**

■ Die Landwirtschaftsminister der Länder haben sich Ende August in Würzburg nicht auf Schritte zur Umsetzung der EU-Agrarreform einigen können. Umstritten bleibt vor allem, wie künftig die sechs Milliarden Euro Agrarsubventionen aus Brüssel an die deutschen Bauern verteilt werden sollen. Nach der Bundestagswahl wollen sie auf einer Sonderkonferenz weiter über eine umweltfreundlichere und sozial gerechtere Landwirtschaft verhandeln.

Die Bundesländer mit Regierungsbeteiligung der Grünen, Umweltverbände und ökologisch orientierte Landwirte wollen die im Sommer beschlossene Agrarreform für eine Wende in der nationalen Agrarpolitik nutzen. So fordern die grünen Minister beispielsweise, mehr Geld in die Förderung des Ökolandbaus zu stecken, was ihre Kollegen aus unionsregierten Ländern ablehnen. Außerdem fordern die grünen Agrarminister, 15 Prozent der Direktzahlungen auf kleine Betriebe zu konzentrieren, wie es der EU-Agrarkompromiss möglich macht. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) hatte lediglich fünf Prozent für kleine Höfe und keine zusätzlichen Mittel für den Ökolandbau oder artgerechtere Ställe vorgeschlagen. Der gastgebende bayerische Landwirtschaftsminister Hel-

mut Brunner (CSU) sagte, die Positionen seien zu festgefahren und die Bereitschaft für Kompromisse zu gering gewesen. Bundesministerin Aigner verwies darauf, dass die Zeit dränge, da die Förderprogramme bis Ende Oktober nach Brüssel gemeldet werden müssten.

Der Deutsche Bauernverband (DBV) kritisierte das Scheitern der Agrarministerkonferenz. Die Chance, Planungssicherheit für die Landwirte zu schaffen, sei vertan worden, sagte der Generalsekretär des DBV Helmut Born. Die alternative Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hingegen sieht in dem Scheitern eine Chance. Denn für die Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland hätte Aigners Vorschlag keine Verbesserungen gebracht, sagte der AbL-Vorsitzende Bernd Voß. [mbu]

- www.bmelv.de
- www.abl.de
- www.dbv.de

DNR-Steckbrief**Ergebnisse der EU-Agrarreform**

■ Die wichtigsten Ziele und Maßnahmen des Reformpakets zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU hat die EU-Ko-



Philosophieren in Schule & Kita

Wem gehört die Natur? Eine philosophische Frage, auf die Kinder mit überraschend tief-sinnigen und erfrischend lebendigen Ansichten antworten. Philosophieren über Nachhaltigkeit in der Vor- und Grundschule – wie das geht, zeigt dieses Buch: Praxiserprobte Anleitungen mit Einstiegen, Mindmaps, Vertiefungsfragen, Kreativimpulsen und Aktionsvorschlägen bilden zusammen mit theoretischen Grundwissen das perfekte Handwerkszeug für die pädagogische Praxis.

Eberhard von Kuenheim Stiftung, Akademie Kinder philosophieren (Hrsg.)

Wie wollen wir leben?

Kinder philosophieren über Nachhaltigkeit

144 Seiten, broschiert, komplett in Farbe, 19,95 EUR, ISBN 978-3-86581-229-2

Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



ordination des DNR in einem übersichtlichen Steckbrief zusammengefasst.

Mit der Reform soll die europäische Landwirtschaftspolitik nachhaltiger, weniger bürokratisch und gerechter werden. Kern des Gesetzespakets ist ein „Greening“ der Direktzahlungen an die Landwirte. 30 Prozent der Betriebsprämien sollen künftig an Umweltauflagen gebunden sein. Umweltverbände sehen den Reformkompromiss dennoch kritisch und bemängeln gravierende Schönheitsfehler im Verordnungstext. EU-Parlament und Ministerrat müssen noch offiziell über den Reformkompromiss abstimmen, ihre Zustimmung gilt aber als sicher. Die neue GAP wird am 1. Januar 2014 in Kraft treten, die Umweltauflagen gelten aber erst nach einer einjährigen Übergangsfrist ab 2015. [dh]

- DNR-Steckbrief: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ergebnisse-der-gap-reform.pdf

Bienensterben

EU will weiteres Pestizid verbieten

■ Der große Pestizideinsatz in der Landwirtschaft ist ein Grund für das EU-weite Bienensterben. Dagegen wollen EU-Kommission und Mitgliedstaaten nun weitere Maßnahmen ergreifen: Nachdem die Kommission Ende April schon drei sogenannte Neonikotinoide verboten hatte, soll nun auch das Insektizid Fipronil auf die schwarze Liste kommen.

Im Mai veröffentlichte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine Risikobewertung für Fipronil, das vom Chemiekonzern BASF hergestellt wird. Darin stuft die Behörde das Insektizid als gefährlich für Honigbienen ein, wenn es zur Saatgutbehandlung von Mais eingesetzt wird. Für andere Nutzpflanzen konnte die EFSA das Risiko nicht endgültig bewerten. Fipronil wird als Breitbandinsektizid zur Kontrolle verschiedener Bodeninsekten während der Phase des Larvenwachstums verwendet. Um das Bienensterben in Europa zu stoppen, soll der Einsatz von Fipro-

nil nun deutlich eingeschränkt werden. Bei zwei Gegenstimmungen und drei Enthaltungen stimmten im Juli 23 EU-Staaten für einen entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission. Demnach soll der Einsatz des Insektizids ab 2014 zur Behandlung von Mais- und Sonnenblumensaatgut verboten werden. Pflanzen, die ausschließlich in Gewächshäusern wachsen, dürfen allerdings auch weiterhin mit Fipronil behandelt werden. Die EU-Kommission muss den Beschluss der Mitgliedstaaten noch formell annehmen, damit er in Kraft treten kann.

Bereits 2010 hatten französische Wissenschaftler vom Forschungszentrum CNRS in Montpellier errechnet, dass das Bienensterben weltweit bis zu 200 Milliarden Euro kosten könne. Bienen produzieren Honig und sorgen für die Bestäubung von Pflanzen – dadurch schafften die fleißigen Tiere eine Wertschöpfung in Milliardenhöhe. Das Bienensterben gefährde nun die Bestäubung von Pflanzen und damit auch die landwirtschaftliche Produktion. Auch die VerbraucherInnen bekämen das dann zu spüren: Auf zahlreiche Lebensmittel müssten sie künftig verzichten. [dh]

- EU-Kommission: www.ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11572_de.htm
- Video: Quel est le prix des abeilles? (Der Preis der Bienen – CNRS Montpellier [französisch]): www.kurzlink.de/bienenvideo-cnrs2010

Agrarindustrie

Großdemonstration in Wietze

■ Etwa 200.000 Hühner werden täglich im Geflügelschlachthof in Wietze geschlachtet. Die Kapazitäten reichen sogar für über 400.000 Tiere. Genau dagegen haben etwa 7.000 Menschen demonstriert. Für die Demonstranten ist der Hof ein Symbol für die Agrarindustrie der schwarz-gelben Regierung. Mit einer Menschenkette umringten sie Europas größte Geflügelschlachterei. Ihr Motto lautete „Wir haben Agrarindustrie satt“.

Organisiert wurde die Veranstaltung von einem breiten Bündnis aus Bauern-, Umwelt-, Entwicklungs- und Tierschutz-

verbänden. Die Teilnehmer forderten eine Agrarwende, die kleine Höfe mehr unterstützt als Megaställe. Diese sind laut Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Grund für millionenfaches Tierleid und weitreichende Umweltschäden.

Der Protest der Demonstranten richtete sich auch gegen den massiven Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung. Sie appellierten an die künftige Bundesregierung, sich für eine ökologischere und bäuerliche Landwirtschaft einzusetzen. [rm]

- Meine Landwirtschaft, Jochen Fritz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482437, E-Mail: fritz@meine-landwirtschaft.de, www.meine-landwirtschaft.de
- www.wir-haben-es-satt.de

Genpflanzenzulassung

Unentschieden für Monsanto-Genmais

■ Die erste Abstimmung über die Importzulassung eines weiteren gentechnisch veränderten Mais des US-Konzerns Monsanto ist Mitte September ohne Ergebnis ausgegangen.

Die EU-Mitgliedstaaten brachten im zuständigen Ausschuss weder für noch gegen MON87460 eine qualifizierte Mehrheit zustande. Das sagte der Sprecher von EU-Verbraucherkommissar Tonio Borg dem Infodienst Gentechnik. Sollte auch die zweite Runde unentschieden enden, kann Borg grünes Licht für die Zulassung des Genmais als Futter- und Lebensmittel geben.

Laut Monsanto kommt der Mais aufgrund der gentechnischen Veränderung besser mit Trockenheit zurecht. Kritische Wissenschaftler, beispielsweise von der Union of Concerned Scientists in den USA, verweisen aber auf ernüchternde Testergebnisse. Aus ihrer Sicht gibt es konventionell gezüchtete Maissorten, die sich unter schwierigen Bedingungen bewährt haben. Auch der Molekularbiologe Bernd Müller-Röber von der Universität Potsdam sieht moderne Züchtungsmethoden besser

dafür geeignet, Trockenheitstoleranzen zu entwickeln, als die Gentechnik.

Der Verein Testbiotech kritisierte, dass die EU-Lebensmittelbehörde EFSA den Mais als „sicher“ eingestuft hat, obwohl Monsanto gegen international anerkannte wissenschaftliche Standards verstoßen habe. Der nächste Abstimmungstermin ist noch nicht bekannt. [mbu]

- ▶ www.keine-gentechnik.de
- ▶ EFSA-Gutachten: www.efsa.europa.eu/de/efsa-journal/pub/2936.htm
- ▶ Testbiotech zum EFSA-Gutachten: www.kurzlink.de/testbiotech-mon87460f

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Gebietsfremde Arten

EU will invasive Arten eindämmen

■ Anfang September hat die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag veröffentlicht, der Gefahren durch gebietsfremde invasive Tiere und Pflanzen einschränken soll. Darin ist vorgesehen, eine Liste gebietsfremder invasiver Arten in der EU zu erstellen. Anschließend sollen die Einfuhr und der Erwerb der 50 gefährlichsten Arten verboten werden. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, Kontrollen durchzuführen, um die Einfuhr gefährlicher Arten zu verhindern. Viele Arten gelangen jedoch unbeabsichtigt als „blinde Passagiere“ auf Schiffen und in Containern, durch Ballastwasser oder an der Außenwand von Schiffen in die EU. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen einzuleiten, um diese Pfade zu erkennen.

Derzeit sind 15 Prozent der Arten in Europa gebietsfremd. Sie können Ökosysteme schädigen, heimische Arten aus ihrem Lebensraum verdrängen und wirtschaftliche und gesundheitliche Schäden verursachen. Die Folgekosten invasiver Arten betragen im Jahr EU-weit etwa zwölf Milliarden Euro.

Umweltverbände begrüßen den Vorschlag. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) fordert aber noch Nachbesserungen, da das Verursacherprinzip nicht genügend berücksichtigt sei und die Maßnahmen zu kurz griffen. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb die EU-Kommission sich in ihrem Vorschlag nur auf 50 Arten beschränken wolle, sagte Claus Mayr vom NABU. Informationen über invasive Arten in Gewässern bietet und sammelt der Verband der Deutschen Sporttaucher auf dem Internetportal Neobiota.

Die vorgeschlagene Verordnung wird nun vom Rat und vom Parlament geprüft. Laut Kommission soll der Vorschlag 2016 in Kraft treten. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/kompmgba
- ▶ www.kurzlink.de/NABUgbakr
- ▶ www.neobiota.info
- ▶ www.vdst.de

Bodenschutz

Bedrohte Biodiversität

■ In mehr als der Hälfte der europäischen Böden ist die Vielfalt der Arten bedroht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission (GFS).

Während der Verlust der Artenvielfalt auf der Erdoberfläche als Problem bekannt ist, existieren bisher kaum Messungen für Tiere und Pflanzen, die unter der Erdoberfläche leben. In der Studie wurden nun erstmals Böden mit besonders bedrohter Biodiversität identifiziert. Insgesamt schätzen die AutorInnen der Studie die Artenvielfalt in 56 Prozent der europäischen Böden als bedroht ein. Die größten Gefahren für die Bodenbiodiversität gehen laut der Studie von intensiver Landwirtschaft aus, gefolgt von Kohlenstofffreisetzung, invasiven gebietsfremden Arten, Bodenverdichtung und Erosion. Vor allem Böden in Großbritannien und Mitteleuropa sind laut Studie gefährdet. Die EU-Kommission warnte, dass es noch immer keine ausreichenden Maßnahmen zur Überwachung und zum Schutz der Bodenqualität in Europa gäbe,

obwohl bereits vor fünf Jahren eine thematische EU-Strategie zum Bodenschutz verabschiedet worden ist. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/gfsbbb
- ▶ www.kurzlink.de/komboden

Nationale Biodiversitätsstrategie

Arnika und Sumpfenian schützen

■ Das im August gestartete Projekt „Wildpflanzen-Schutz Deutschland“ soll die genetische Vielfalt von 15 gefährdeten Wildpflanzenarten schützen. Unter den Pflanzen ist die Arnika, der Sumpfenian und das Breitblättrige Knabenkraut, eine heimische Orchideenart. Zu dem Projekt Netzwerk gehören Botanische Gärten in ganz Deutschland.

Um die genetische Vielfalt der jeweiligen Pflanze zu erhalten, soll zuerst das Saatgut der 15 Pflanzenarten gesammelt und in Saatgutdatenbanken gelagert werden. Anschließend sollen in beteiligten Botanischen Gärten Kulturen angelegt werden, um mit diesen schließlich gefährdete Populationen in ihren Ökosystemen zu stärken.

Somit soll eine große genetische Bandbreite innerhalb der Arten erzeugt werden, um deren Chance zur Anpassung an die Bedingungen des Klimawandels zu erhöhen. Das Projekt ist Teil des Bundesprogrammes Biologische Vielfalt und soll im Rahmen der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt die genetische Vielfalt heimischer Arten erhalten. [ej]

- ▶ Mitteilung des BMU: www.kurzlink.de/bmuwsd

Biodiversität

Unternehmen für Vielfalt

■ Das neue Projekt „Unternehmen und biologische Vielfalt – Naturnahe Gestaltung von Firmengeländen“ des Bundesumweltministeriums (BMU) und des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) soll Unternehmen zum Schutz der biologi-

„Das Grüne Band hat neben dem ökologischen Wert eine große identitätsstiftende Wirkung“

Nach der politischen Wende in Europa wurde sichtbar, was an der einst abgeschotteten Ost-West-Grenze an urwüchsiger Natur erhalten geblieben war. Seit zehn Jahren setzt sich die Initiative für ein Europäisches Grünes Band für den Schutz dieses einmaligen Naturschatzes ein. Der Geschäftsführer von EuroNatur Gabriel Schwaderer blickt zurück und in die Zukunft.

Umwelt aktuell: Wie und mit welchen Zielen ist die Idee für das Projekt entstanden?

Gabriel Schwaderer: Im Schatten des Eisernen Vorhangs ist ein herausragendes europäisches Naturerbe erhalten geblieben. Wie kostbare Perlen an einer Kette reihen sich urige Wälder und Sümpfe, artenreiche Kulturlandschaften, aber auch wilde Gebirgs- und Flusslandschaften aneinander, wie sie in Europa sonst kaum noch zu finden sind. Es war früh klar, dass diese Naturschätze in Gefahr sind, sobald sie für den Menschen frei zugänglich sind und wieder für eine wirtschaftliche Nutzung zur Verfügung stehen. Schon unmittelbar nach der politischen Wende in Europa hat EuroNatur deshalb mitgeholfen, den Donau-Draunationalpark an der Grenze von Ungarn und Kroatien zu etablieren, der heute einen sehr wichtigen Bereich des Grünen Bandes Europa schützt. Gemeinsam mit dem BUND, dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) und der Weltnaturschutzorganisation IUCN hat EuroNatur dann 2003 die internationale Initiative Grünes Band Europa gestartet, mit dem Ziel, das gemeinsame Naturerbe entlang der früheren Ost-West-Grenze des Kontinents für kommende Generationen zu bewahren.

Wie hat sich die Initiative entwickelt und wo steht das Projekt heute?

Die langjährige intensive Naturschutzarbeit trägt schon ansehnliche Früchte: Zahlreiche Nationalparks und andere Schutzgebiete wurden inzwischen ausgewiesen, unter anderem auch der Jablanica-Shebenik Nationalpark in Albanien und der Donau-Draunationalpark an der Grenze von Ungarn und Kroatien. Das weltweit erste Unesco-Fünf-Länder-Biosphärenreservat „Mur-Drau-Donau“ ist in greifbare Nähe gerückt. Zu einem kontinentweiten Biotopverbund, bei dem sich ein Schutzgebiet an das nächste reiht, ist es allerdings noch ein weiter Weg. Dafür wollen wir die Idee des Grünen Bandes künftig stärker in der Gesellschaft verankern und die einzelnen Projekte entlang des Grünen Bandes besser miteinander verzahnen.

Aus Naturschutzsicht ist das Europäische Grüne Band einzigartig, aber welchen Stellenwert hat es für die Politik in der EU und den Anrainerstaaten?

Das Konzept ist sehr attraktiv. EU-Umweltkommissar Janez Potočnik brachte es bei der 7. paneuropäischen Konferenz „Grünes Band Europa“ im Mai 2013 auf den Punkt: Das Grüne Band Europa helfe, eine Verbindung zwischen europäischer Politik und der praktischen Umsetzungsebene herzustellen. Auch national gibt es viel Unterstützung: Die Länder entlang des Grünen Bandes Europa stehen größtenteils hinter dem Vorhaben. Bei der Jubiläumsfeier im Mai haben zehn Länder, darunter Deutschland, Österreich, Kroatien und Finnland eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet, das Engagement zum Schutz des Grünen Bandes Europa fortzuführen und seine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Mittlerweile sind fünf weitere Länder am Grünen Band Europa dieser Erklärung beigetreten.

Welche Herausforderungen und Chancen sehen Sie in Zukunft für die Initiative?

Das Grüne Band verbindet acht biogeografische Regionen und 24 Staaten. Beteiligt sind EU-Mitgliedstaaten, Beitrittsländer, potenzielle Beitrittskandidaten ebenso wie Nicht-EU-Staaten. Die Koordination der Initiative ist also eine große Herausforderung, zumal die Zahl der Akteure und der Tätigkeitsfelder stetig wächst. Seit 2011 koordinieren EuroNatur und BUND gemeinsam mit einer internationalen Steuerungsgruppe die Initiative Grünes Band Europa. Finanziell unterstützt vom BfN mit Mitteln des Bundesumweltministeriums wollen wir dem Grünen Band Europa neuen Schwung verleihen. Um der Initiative zum Schutz des Grünen Bandes Europa eine dauerhafte Zukunft zu geben, müssen wir die zahlreichen Aktivitäten dringend bündeln. Das Potenzial des Grünen Bandes ist riesig: Über den ökologischen Wert hinaus hat es eine große identitätsstiftende Wirkung. Es symbolisiert, dass Ost und West zusammenwachsen und wie wichtig die europaweite Zusammenarbeit ist. Zudem könnte es Vorbild für andere Regionen der Erde sein, die noch durch unmenschliche Grenzen geteilt sind.

EuroNatur begleitet intensiv den Naturschutz in der Balkanregion. Was ist dort der Schwerpunkt? EuroNatur arbeitet am Grünen Band Balkan in zahlreichen Projekten für den Schutz von Wildtieren wie

Wölfen, Bären, Luchsen, Zugvögeln und ihren Lebensräumen. Der Erhalt artenreicher Seen-, Fluss-, Feuchtgebiets-, Gebirgs- und Kulturlandschaften hat oberste Priorität. Wesentliche Teile des Grünen Bandes auf dem Balkan genießen zwar bereits formalen Schutz, aber es gibt immer noch bedeutende Naturschätze, die dringend einen offiziellen Schutzstatus brauchen. Ein großes Problem ist, dass die Ziele der Schutzgebiete selbst in bestehenden Nationalparks und strikten Naturreiservaten nur unzureichend verfolgt werden. Denn es fehlen die nötigen Verwaltungen, die sich darum kümmern. Gleichzeitig wird der Nutzungsdruck auf die kostbaren Naturschätze am Grünen Band Balkan durch große Infrastrukturprojekte wie Staudämme, Skigebiete, Windparks und Fernstraßen immer massiver.

Das Grüne Band symbolisiert auch das Ende der Teilung Europas nach dem Kalten Krieg. Wie erleben Sie hier das zusammenwachsende Europa?

Wir wollen die vorhandenen Initiativen zum Naturschutz am Grünen Band Europa über Grenzen hinweg vernetzen und ausbauen. Zehn Jahre nach dem Start der Initiative arbeiten Menschen über sprachliche und kulturelle Barrieren hinweg zusammen, um das Natur- und Kulturerbe entlang des einstigen Eisernen Vorhangs zu schützen. Das ist alles andere als selbstverständlich und zeigt, dass Naturschutz eine Plattform sein kann, auf der sich Menschen begegnen und gemeinsam an einem Thema arbeiten, das alle angeht. Mein Eindruck ist, dass gerade junge Naturschützer das Verständnis mitbringen, dass Natur nur gemeinsam geschützt werden kann. Damit verbunden ist der Wunsch, weniger nationalstaatlich, sondern grenzüberschreitend zu denken und zu handeln.

[Interview: Daniel Hiß]

Der Geograf Gabriel Schwaderer ist seit 1998 Geschäftsführer der EuroNatur Stiftung.

Kontakt:
Tel. +49 (0)7732 / 92720,
E-Mail:
info@euronatur.org



schen Vielfalt anhalten. Diese können auf ihrem Firmengelände Lebensräume für Tiere und Pflanzen schaffen. Mindestens 20 Unternehmen sollen die Bedeutung von Biodiversität für das Unternehmenshandeln herausarbeiten. Dann werden zehn Unternehmen ausgewählt und dabei unterstützt, ihr Firmengelände naturnah umzugestalten.

„In einem dicht besiedelten Land wie Deutschland sind Rückzugsmöglichkeiten für Tiere und Pflanzen Mangelware. Unternehmen verfügen aber oft über Flächen, die sie der Natur zur Verfügung stellen könnten“, sagte BfN-Präsidentin Beate Jessel. Nun soll ein Leitfaden verfasst werden, der Hilfe zur naturnahen Gestaltung von Firmengeländen bietet. Die Ergebnisse des Projekts werden Mitte 2016 vorgestellt. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/ubvbm
- ▶ www.bfn.de

Naturschutz

DNR: Privatisierung von Schutzflächen stoppen

■ Der Verkauf und die Privatisierung von bundeseigenen Naturschutzflächen untergraben Naturschutzziele. Das kritisiert der

Deutsche Naturschutzring (DNR). Deshalb fordert er die Bundesregierung und die Bundesverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) auf, einen Verkaufsstopp von Flächen in Schutz- und Überschwemmungsgebieten zu verhängen. Die BVVG verkauft derzeit zahlreiche Flächen, die zur Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie und für naturnahen Hochwasserschutz benötigt würden, so die Verbände.

„Die Bundesregierung hat im Jahr 2007 die Nationale Biodiversitätsstrategie verabschiedet, nach der zehn Prozent der Waldflächen dauerhaft aus der Nutzung genommen werden sollen. Es ist ein Skandal, dass die BVVG nun genau dafür vorgesehene Flächen privatisiert und damit willentlich die von der Bundesregierung verabschiedete Strategie untergräbt.“

Nach der zweiten Jahrhundertflut innerhalb von zehn Jahren hat die Bundesregierung versprochen, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben. Es ist für die Umweltverbände nicht nachvollziehbar, warum trotzdem weiterhin Bundesflächen in Überschwemmungsbereichen privatisiert werden“, sagte Leif Miller, Vizepräsident des DNR. [ej]

- ▶ Forderungen des DNR:
www.kurzlink.de/dnrfordbvvg

Nagoya-Protokoll

EU-Abgeordnete stimmen gegen Biopiraterie

■ Das Plenum des Europäischen Parlaments hat laut dem Informationsdienst ENDS im September der Ratifizierung des Nagoya-Protokolls zugestimmt. Das Nagoya-Protokoll ist eine seit 1993 bestehende, aber noch nicht umgesetzte völkerrechtliche Verpflichtung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt. Es regelt die Aufteilung der Vorteile, die aus der Nutzung genetischer Ressourcen entstehen.

Entgegen vorherigen Befürchtungen hat das Parlament in weiten Teilen den Vorschlagstext der EU-Kommission angenommen. Demnach wird auch die gleiche und gerechte Aufteilung der Nutzungsvorteile zwischen Unternehmen und den Herkunftsländern genetischer Ressourcen im Text berücksichtigt. Zudem will das Parlament die Nutzung illegal beschaffter genetischer Ressourcen verbieten.

Nun muss der Ministerrat dem Vorschlag noch zustimmen. Dabei ist mit Widerstand zu rechnen, denn vor allem Deutschland, Großbritannien und die Niederlande versuchten bisher die Ratifizierung des Nagoya-Protokolls zu blockieren. [ej]

- ▶ Quelle: ENDS Europe Daily, 12.09.2013

Nachhaltigkeit

A-Z



L wie Lebenswege

Wer Neues schaffen will, muss oft genug Widerstände und institutionelle Schranken überwinden. Das Leben herausragender Denker(innen) des 20. Jahrhunderts aber auch Selbstportraits zeitgenössischer Wissenschaftler(innen) und Künstler(innen) zeigen, wie gerade produktive Zweifel und unangepasstes Handeln Richtungsweisendes und Bleibendes hervorbringen.

E. A. Wiecha
Disziplinlos
Eigensinnige Lebensbilder zwischen Wissenschaft und Kunst
334 Seiten, broschiert, 24,95 Euro, 978-3-86581-422-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

TIERSCHUTZ & ETHIK

Welttierschutztag 2013

Tierschutzbund macht Druck

■ Vor der Bundestagswahl hatte der Deutsche Tierschutzbund noch einmal seine Forderungen nach besseren Tierhaltungsbedingungen sowie dem Recht auf Verbandsklagen im Tierschutz bekräftigt. Im Naturschutz seien diese bereits selbstverständlich, im Tierschutz allerdings noch immer nicht möglich.

Dementsprechend ist das Motto des Welttierschutztages am 4. Oktober nicht zufällig gewählt. Stattdessen begehnen ihn die über 700 Mitgliedsvereine des Tierschutzbundes unter dem Motto „Stimme für die Tiere – Machen Sie den Bundestag tierfreundlicher“. Ziel des Tierschutzbundes ist es, den gewählten Koalitionsparteien mehr zum Tierschutz abzurufen. Notfalls würden sie auch vor dem Kanzleramt Sturm laufen, sagte der Präsident des Tierschutzbundes Thomas Schröder. [rm]

► www.kurzlink.de/tierschutz

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Europawahl 2014

Direktwahl des Kommissionspräsidenten

■ Die Mehrheit der EU-Bürger wünscht sich eine Direktwahl des Kommissionspräsidenten. Das ergab eine im September veröffentlichte Eurobarometerumfrage. Eine Direktwahl würde die BürgerInnen Europas zur Stimmabgabe motivieren, heißt es in der Umfrage.

Zwar schlägt laut Lissabonvertrag der Europäische Rat den Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vor. Doch müssen die Staats- und Regierungschefs bei dem Vorschlag das Ergebnis der

Umweltrecht und Partizipation – Gericht stärkt Verbände

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ändert die Klagerechte von Umweltverbänden. Das Urteil bringt eine Zeitenwende im Umweltrecht, meint der Bundesgeschäftsführer der DUH Jürgen Resch.

Die Klage der Deutschen Umwelthilfe (DUH) gegen das Land Hessen hat in einer für das gesamte deutsche Umweltrecht zentralen Frage eine bahnbrechende Entscheidung hervorgebracht. Anfang September kam das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zusammen, um über die Klageberechtigung von Verbänden zu entscheiden. Die Richter kamen zu dem Schluss, dass Verbände auch dann gerichtlich gegen Verstöße gegen EU-Recht klagen können, wenn es sich nicht um Vorhaben handelt, deren Planung mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung verbunden ist.

Bislang können Verbände nur in solchen Fällen gerichtlich vorgehen. Damit hatten die Verbände einen Hebel in der Hand, wenn es um Straßenbau, neue Industrieanlagen oder Flughäfen geht. Große Teile des Umweltrechts haben jedoch mit derartigen Prüfungen nichts zu tun, wie etwa das Luftreinhalterecht. Bei Verstößen in diesem Bereich – etwa der anhaltenden Überschreitung von Grenzwerten der Luftbelastung mit gesundheits- und klimaschädlichen Schadstoffen – mussten betroffene Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf saubere Luft einklagen. Damit waren häufig ein langjähriger Rechtsstreit und die Auflage für die Kläger verbunden, sich weiterhin der hohen Umweltbelastung am Wohn- oder Arbeitsort auszusetzen, da sonst das Klagerecht verfiel.

Die DUH hat zunehmend als Verband eine Reihe von gerichtlichen Verfahren im Bereich Luftreinhaltung angestrebt, nachdem über Jahre immer wieder Bürger bei persönlichen Klagen unterstützt wurden. Im Rahmen des Verfahrens gegen das Land Hessen zur Umsetzung effektiver Maßnahmen zur Luftreinhaltung in Darmstadt wurde nun vom Bundesverwaltungsgericht die Rechtmäßigkeit dieser Form von Verbandsklagen bestätigt.

Das Urteil wird nun in erster Linie dazu führen, dass die zuständigen Behörden Anliegen der Umweltverbände mehr Bedeutung beimessen und ihre Planungen transparenter und vor allem wirkungsvoller gestalten. Es ist nicht länger dem Engage-

ment Einzelner überlassen, ob und mit welchen Maßnahmen zuständige Stellen für eine bessere Lebensqualität sorgen werden.

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ist Folge eines im März 2011 ergangenen Urteils des Europäischen Gerichtshofes. Dieses hatte die erweiterte Klagebefugnis von Verbänden bereits bestätigt. Allerdings war die Bundesregierung bislang dem damit verbundenen Auftrag, die nationale Gesetzgebung entsprechend anzupassen, nicht gefolgt. Dazu hätten ein völkerrechtliches Abkommen, die sogenannte Aarhuskonvention, sowie die sie konkretisierenden europäischen Richtlinien umgesetzt werden müssen. Mit dem nun vorliegenden Urteil des höchsten deutschen Verwaltungsgerichts muss diese Schlussfolgerung endlich auch im deutschen Recht verankert werden.

Im konkreten Fall der Klage der DUH gegen das Land Hessen wird das hessische Umweltministerium den Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Rhein-Main fortschreiben und effektive Maßnahmen zur Einhaltung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide umsetzen. Wirkungsvolle Maßnahmen sind neben der Einführung einer Umweltzone mit Einfahrverboten für Pkws ohne grüne Plakette auch die verbindliche Filterpflicht für andere Fahrzeug- und Maschinengruppen, die mit Dieselmotoren betrieben werden. Dazu gehören insbesondere Lkws, Baumaschinen, Schienenfahrzeuge und in Hafenstädten beziehungsweise an Wasserstraßen auch Schiffe. Aber auch die hohe Stickoxidbelastung muss endlich wirksam adressiert werden: durch gezielte Nachrüstung von Bussen und durch die Weiterentwicklung der Umweltzonen. Die Technik ist vorhanden, die Verantwortlichen müssen endlich handeln, um weitere gerichtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Jürgen Resch ist Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH).

**Kontakt: Tel. +49 (0)7732 / 9995-0,
E-Mail: resch@duh.de**

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kinder

Kinder leben nur im Hier und Jetzt heißt es oft. Und doch sind sie offen für Sichtweisen und Wissen rund um Nachhaltigkeit, wie das Modellprojekt KITA21 zeigt. Dieses Begleitbuch beschreibt die Module, nennt Schwerpunkte und Hindernisse und gibt Praxisbeispiele für die direkte Umsetzung. Es steht als Ratgeber allen in der Bildungspolitik tätigen Trägern, Verantwortlichen und Akteuren zur Seite.

U. Stoltenberg, R. Thielebein-Pohl (Hrsg.)
KITA21 - Die Zukunftsgestalter
 Mit Bildung für eine nachhaltige Entwicklung
 Gegenwart und Zukunft gestalten

192 Seiten, broschiert, komplett in Farbe,
 29,90 EUR, ISBN 978-3-86581-266-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


 Die guten Seiten der Zukunft

Wahlen zum Europäischen Parlament berücksichtigen. Das EU-Parlament hatte im November 2012 eine Nominierung von Spitzenkandidaten gefordert. Im März 2013 empfahl die EU-Kommission, dass die nationalen und europäischen Parteien ihre Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten benennen sollen.

Nach der Europawahl werden voraussichtlich VertreterInnen des EU-Parlaments und des Europäischen Rates gemeinsam über die Nominierung des Kandidaten für den Kommissionspräsidenten beraten. Somit werden die Wähler einen direkteren Einfluss auf die Zusammenstellung der EU-Kommission haben.

Derzeit stellen die europäischen Parteien ihre Spitzenkandidaten zur Europawahl auf. Bei jeder europäischen Partei gibt es andere Wahlverfahren. Von der konservativen EVP sind der polnische Premierminister Donald Tusk, die Kommissarin Viviane Reding sowie der derzeitige Kommissionspräsident José Manuel Barroso als Spitzenkandidaten im Gespräch. Unter den Sozialdemokraten gelten der derzeitige Parlamentspräsident Martin Schulz sowie Margot Walström als potenzielle Kandidaten für den Posten.

Die Fraktionsvorsitzende der EU-Grünen Rebecca Harms ist zur grünen Spitzenkandidatin gewählt worden. Die Grünen wollen mit zwei Spitzenkandidaten ins Rennen gehen. Die Spitzenkandidaten aller europäischen Parteien werden vermutlich erst im Februar 2014 endgültig feststehen. [bv]

► EU-Umweltnews: www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/2266

Kernfusionsreaktor ITER

EU plant 2,7 Milliarden bis 2020

■ Im Oktober soll das EU-Parlament über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU bis 2020 abstimmen. Der Kompromissvorschlag sieht gut 2,7 Milliarden Euro für den umstrittenen Kernfusionsreaktor

ITER vor – fast so viel wie das gesamte Budget für das einzige Umweltförderprogramm der EU LIFE+ in Höhe von 3,06 Milliarden Euro.

Die Grünen im Bundestag wollten Mitte August in einer Kleinen Anfrage wissen, ob die Bundesregierung an der Finanzierung und dem Bau des Kernfusionsreaktors ITER festhalten will und welche Erkenntnisse die Regierung über weitere Kostenerhöhungen für den Bau von ITER hat.

Die Grünen kritisieren, dass trotz des beschlossenen Atomausstiegs vom Juni 2011 die Bundesregierung nach wie vor in atomare Forschung investiere. Das geschehe sowohl auf nationaler Ebene durch das sechste Energieforschungsrahmenprogramm als auch durch Deutschlands Mitgliedschaft in der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM).

Der Kernfusionsreaktor ITER im französischen Cadarache soll durch Kernfusion „unerschöpfliche“ Energiequellen erschließen. 2001 habe man die Investitionskosten für ITER auf 4,6 Milliarden Euro veranschlagt. Mittlerweile gingen die Prognosen von rund 17 Milliarden aus. Davon trage die EU 45 Prozent. [bv]

- Kompromissvorschlag MFR 2014–2020:
www.kurzlink.de/komprom-mfr2014-2020
- Kleine Anfrage:
www.kurzlink.de/kl-anfrage17-14547

Umweltfinanzierung

Mehr Möglichkeiten im EFRE schaffen

■ Der WWF hat gemeinsam mit anderen Umweltverbänden ein Muster für ein Operationelles Programm Umwelt für die Förderung durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) 2014–2020 entwickelt. Es soll zeigen, welche Möglichkeiten für Umwelt- und Naturschutzfinanzierung im EFRE bestehen, wie das Querschnittziel nachhaltige Entwicklung gestärkt werden kann und wie bestimmte Förderschwerpunkte im EFRE

einen größeren Beitrag für die Umwelt leisten können. Ziel ist, die Verbände in den Bundesländern dabei zu unterstützen, Forderungen gegenüber den EU-Verwaltungsbehörden zu formulieren. [bv]

► www.kurzlink.de/operat-progr-umwelt (PDF)

Nationale Umweltperformance

Grenzenlos planetarisch

■ Die schwedische Umweltschutzbehörde SEPA hat im Sommer eine Methode veröffentlicht, wie das Konzept der planetarischen Grenzen auf ein Land heruntergebrochen werden kann. Die Studie des Stockholm Resilience Centres (SRC) und des Stockholm Environment Institutes (SEI) vergleicht die planetarischen Grenzen mit den Umweltqualitätszielen aus über 60 Ländern, indem sie die internationale Dimension dieser Ziele mit den globalen planetarischen Grenzen abgleicht.

„Basierend auf den Definitionen der planetarischen Grenzen sind wir in der Lage nationale Grenzen für Klimawandel, Stickstoff, Wasser und Flächennutzung zu definieren“, erklärte Björn Nykvist, einer der Autoren der Studie. „Auf dem Papier werden viele der wichtigsten globalen Umweltprobleme von Politikern erfasst. Allerdings mangelt es an der Umsetzung, und der Bericht verdeutlicht, dass mehr internationale Kooperation notwendig ist“, fügte Åsa Person, Mitautorin der Studie hinzu. [bv]

► www.kurzlink.de/national-planet-boun

► www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/2249

Jenseits des Bruttoinlandprodukts

Fortschritte der EU

■ Die EU hat im September einen Fortschrittsbericht zur Erweiterung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um Umwelt- und soziale Daten als Instrument für die Messung von Wohlstand herausgegeben.

Arbeiten an der Ergänzung des BIP laufen seit mehreren Jahren auf nationaler und internationaler Ebene. Die EU-Kommission hat 2009 in einer Mitteilung fünf Maßnahmen zur besseren Messung von Fortschritt genannt. Sie will künftig das BIP durch ökologische und soziale Indikatoren ergänzen, möglichst zeitnah ökologische und soziale Indikatoren festlegen, genaue Berichterstattungen über Verteilung und Ungleichheiten anstreben, einen europäischen Anzeiger für nachhaltige Entwicklung unter der Federführung der Generaldirektion Umwelt entwickeln und die ökologischen und sozialen Anliegen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einbeziehen. Der Fortschrittsbericht stellt die Aktivitäten dar, die die EU seit der Veröffentlichung der Mitteilung unternommen hat, wie die Einführung von Umweltindikatoren.

In Deutschland hat die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ Mitte Mai ihren Abschlussbericht zu Wohlstand und Wachstum in Deutschland vorgestellt, der einen zehnteiligen Indikatorenkatalog enthält. Die Bundesregierung soll nun jährlich nicht nur zum BIP, sondern auch zum ökologischen Fußabdruck und einer sozialen Komponente Stellung nehmen (umwelt aktuell 06/2013). [bv]

► Fortschrittsbericht (engl.): www.register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/st13/st13434.en13.pdf

Umweltmanagementsystem

Leitfaden für EMAS

■ Das europäische Umweltmanagementsystem EMAS ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Eine neue Broschüre des Umweltgutachterausschusses soll dem Premium-Umweltlabel der EU mehr Aufmerksamkeit verschaffen.

Dass die Öffentlichkeit nicht weiß, was EMAS ist, liegt unter anderem daran, dass das Logo nicht auf Produkten oder deren Verpackung abgebildet werden darf. Viele EMAS-Unternehmen und Organisationen verwenden das Logo daher in kreativer

Weise, um auf die eigene Umweltleistung aufmerksam zu machen. Beispiele dazu zeigt die neue Broschüre.

Das freiwillige Instrument der EU soll Unternehmen und Organisationen dabei unterstützen, ihre Umweltleistung kontinuierlich zu verbessern. [bv]

► www.kurzlink.de/leitfaden-emas-logo

Planungsrecht

Öffentlichkeit beteiligen

■ Die Grünen haben im August eine Übersicht über die derzeit vorhandenen rechtlichen Beteiligungsmöglichkeiten in Planungsverfahren herausgegeben. Die Studie zur Öffentlichkeitsbeteiligung soll NGOs, interessierten Bürgern und Politikern den Einstieg in den planungsrechtlichen Paragrafendschungel erleichtern. Sie umfasst allerdings keine spezifischen landesrechtlichen Regelungen. [bv]

► www.kurzlink.de/oeffentl-beteiligen

Nationales Naturerbe

Flächenübertragung ist staatliche Beihilfe

■ Die unentgeltliche Übertragung von bis zu 125.000 Hektar Fläche des deutschen Nationalen Naturerbes an Naturschutzorganisationen stellt eine staatliche Beihilfe dar. Dies hat das Gericht der EU am 12. September entschieden und damit der Kommission recht gegeben.

Nach Artikel 87 Absatz 1 des EG-Vertrages sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar. Vorausgesetzt, sie beeinträchtigen den Handel zwischen den Mitgliedstaaten. Das Gericht der EU sieht ebenso wie die EU-Kommission die Nebentätigkeit von Naturschutzorganisa-

tionen wie Verkauf von Holz-, Jagd und Fischereipacht als gegeben an. Durch die unentgeltliche Übertragung von Flächen sei der Wettbewerb verzerrt. Eine Gewinnerzielungsabsicht sei nicht erforderlich, da das Angebot im Wettbewerb mit Wirtschaftsteilnehmern stehe, die eine solche Absicht verfolgen. Daher sei ein Nachweis tatsächlicher Wettbewerbsverzerrungen nicht erforderlich.

Zum Nationalen Naturerbe gehören ökologisch wertvolle, teilweise unter Schutz gestellte Flächen. Die Bewirtschaftung ist an Auflagen geknüpft und die Empfänger müssen eventuelle Gewinne an den Bund zurückgeben, damit sie in den Naturschutz fließen. Mit der Übertragung der Gebiete auf die Verbände und Stiftungen wollte der Bund Kosten für die Pflege sparen. Die EU-Kommission erlaubte dies 2009, stufte aber die Übertragung als staatliche Beihilfe und die involvierten Verbände als Unternehmen ein. Gegen Letzteres klagte Deutschland. Die Klage wurde abgewiesen. Deutschland kann dagegen nur noch ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim Gerichtshof der EU (früher EuGH) einbringen. [bv]

► Urteil: www.kurzlink.de/urteil-T-347-09

Umweltinformationen

Recht auf Akteneinsicht beim Wirtschaftsminister

■ Die zweite Kammer des Gerichtshofs der EU (früher EuGH genannt) hat im Juli bestätigt, dass ein Recht auf Akteneinsicht besteht, wenn Behörden Rechtsnormen vorbereiten, die im Rang unter einem Gesetz stehen. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hatte gegen die Bundesrepublik Deutschland geklagt, um den Zugang zu einem Schriftwechsel des Wirtschaftsministeriums mit Vertretern der deutschen Autoindustrie über die Regelung zur Pkw-Energieverbrauchskennezeichnung zu erlangen.

Nach dem Urteil des Gerichtshofs hat die DUH im August das Verfahren zur Akteneinsicht wiederaufgenommen und

von Minister Rösler die sofortige Einsicht in Lobbyakten der Autoindustrie gefordert – bisher ohne Erfolg. Die DUH erhofft sich von den Akten einen Einblick in Details der Einflussnahme der Autolobby auf Röslers Amtsvorgänger Rainer Brüderle (FDP). Das noch ausstehende Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin, das den EuGH in dem Verfahren um Entscheidungshilfe gebeten hatte, ist nach Ansicht der DUH nur noch Formsache. [bv]

► www.kurzlink.de/Rechtssache-C515-11

► www.kurzlink.de/pm-duh-2013-08-12

Umsetzung EU-Umweltrecht

DUH erwirkt Klagerecht für Umweltverbände

■ Deutsche Umweltverbände können zukünftig gegen alle nationalen Verstöße gegen EU-Umweltrecht gerichtlich vorgehen. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat im September hierzu beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig ein Grundsatzurteil erwirkt.

„Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ist ein großer Erfolg für alle Bürgerinnen und Bürger, die sich in diesem Land für eine intakte Umwelt einsetzen. Und sie ist eine Ohrfeige für die schwarz-gelbe Bundesregierung, die ihrer Verpflichtung zur Schaffung umfassender Klagerechte im Umweltrecht nicht nachgekommen ist“, erklärte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch nach der Urteilsverkündung.

Umweltverbände konnten nach bisheriger Gesetzeslage bisher nur gegen Vorhaben gerichtlich vorgehen, die mit Umweltverträglichkeitsprüfungen verbunden sind. Beispielsweise haben Klimaschutz- oder Luftreinhalterecht mit derartigen Prüfungen nichts zu tun. Der Gerichtshof der EU (früher auch EuGH genannt) hatte bereits im März 2011 entschieden, dass Umweltverbänden der Aarhus-Konvention entsprechend ein Klagerecht eingeräumt werden muss, wenn Verwaltungen gegen EU-Umweltrecht verstoßen. Verklagt hatte

die DUH das Land Hessen, da es seinen Pflichten in der Luftreinhaltung nicht nachgekommen ist. [bv]

► www.kurzlink.de/pm-duh-2013-09-05

► www.kurzlink.de/duh2013rechtststreit

VERKEHR & TOURISMUS

Schifffahrt

EU will Binnenverkehr ausbauen

■ Die Europäische Kommission hat im September neue Maßnahmen zur vermehrten Güterbeförderung auf Europas Flüssen und Kanälen angekündigt.

Die Kommission will mit verschiedenen Infrastrukturmaßnahmen die Engpässe in der Binnenschifffahrt beseitigen und diese besser mit anderen Verkehrsträgern verknüpfen. Auch die Umweltverträglichkeit der Schiffe und anderer Verkehrsträger soll gesteigert werden. Dazu schlägt die Kommission auch neue Standards für Schiffsmotoren und die Förderung von Investitionen in emissionsarme Technologien vor. Binnenschiffe gelten als besonders klimaverträgliche und energieeffiziente Transportmittel, aber befördern in Europa derzeit nur etwa sechs Prozent des Frachtaufkommens. Mit den neuen Vorschlägen will die Kommission ungenutztes Potenzial europäischer Wasserstraßen erschließen.

[Quelle: UWD, ej]

► www.kurzlink.de/pmkombsf

► www.kurzlink.de/memo31/771

Verkehrsemissionen

Mehr Menschen mobil

■ Die weltweite Mobilität wird sich bis 2050 mehr als verdoppeln. Dies geht aus dem Bericht „A Tale of Renewed Cities“ der Internationalen Energieagentur (IEA)

hervor. Im Süden und Südosten Asiens sowie dem Nahen Osten rechnen die AutorInnen sogar mit einer Verzehnfachung der Mobilität. Der Bericht untersucht die Entwicklung des Verkehrs auf Basis von Daten aus mehr als 30 Städten.

Laut IEA lebt zurzeit mehr als die Hälfte aller Menschen in Städten. Deshalb fordert die IEA mehr Klimaschutz im Verkehrssektor. Allein in den letzten zehn Jahren hätte sich die Zahl der Stadtbewohner um 650 Millionen erhöht. Bei dieser Entwicklung würden sich die Emissionen bis 2025 mehr als verdoppeln. Mit einer Milliarde Tonnen CO₂ jährlich würde der Individualverkehr dann 90 Prozent der gesamten Verkehrsemissionen verursachen.

Deshalb empfehlen die AutorInnen, die Verkehrsströme in Städten zu optimieren, um Staus zu vermeiden und den Treibstoffverbrauch zu reduzieren. Für EntscheidungsträgerInnen werden in der Studie Maßnahmen zur Umsetzung einer höheren Energieeffizienz im Stadtverkehr vorgeschlagen. [ej]

► Bericht: A Tale of Renewed Cities:
www.kurzlink.de/ieaatorc

DUH-Dienstwagencheck

Klimakiller auf der Überholspur

■ Die Klimafreundlichkeit der Dienstwagenflotten großer börsennotierter und mittelständischer Unternehmen verbessert sich nur im Schneckentempo. Das ist das Ergebnis des vierten „Dienstwagenchecks“ der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Von den 166 Firmen, die von Juni bis Juli befragt worden sind, erhielten über 80 Prozent die Rote Karte. Etwa zwei Drittel dieser Firmen hat die Auskunft auf die Fragen der DUH verweigert.

Als erfreulich bewertet die DUH die Verbesserung der durchschnittlichen Flottenwerte der auskunftsbereiten Unternehmen. Immerhin zwölf dieser Firmenflotten halten mittlerweile das EU-Ziel eines

CO₂-Ausstoßes von 130 Gramm pro Kilometer für das Jahr 2012 ein oder liegen sogar deutlich darunter. Trotzdem sieht die DUH noch viel Luft nach oben. Während der durchschnittliche Emissionswert bei den Firmenflotten mit 142 g CO₂/km in diesem Jahr (2012: 147 g) weiter sinkt, stagnieren die Werte bei den Limousinen der Vorstandsvorsitzenden bei einem Durchschnittswert von 186 g CO₂/km.

„Es gibt eine leichte Tendenz, bei den Firmenflotten zu sparsameren und klimafreundlichen Dienstwagen zu kommen und so auch richtig Geld zu sparen. Im Kontrast dazu steht nur wenig persönliche Einsicht in den Chefetagen – viele Vorstände mögen auf spritschluckende Statussymbole noch nicht verzichten“, sagt DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch.

Über 60 Prozent aller Neuzulassungen in Deutschland sind heute gewerblich. Durch den regelmäßigen Dienstwagencheck will die DUH Signalwirkungen auf den gesamten Fahrzeugmarkt erzielen. Denn auch die Nachfrage umweltfreundlicher Modelle durch Unternehmen ist mittelfristig entscheidend für die Modellpolitik der Autohersteller.

[Quelle: klima-allianz, ej]

- www.kurzlink.de/duh-dienstw-check13
- www.kurzlink.de/klima-all-dienstw13

WASSER & MEERE

Weltwasserwoche

Nachhaltigkeitsziel gefordert

■ Wasser soll ein eigenes UN-Ziel zur nachhaltigen Entwicklung bekommen. Das ist die zentrale Forderung der Weltwasserwoche, die in der ersten Septemberwoche stattgefunden hat. Zu der Weltwasserwoche kommen jährlich mehrere Tausend Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in Stockholm zusammen.

In der sogenannten Stockholmer Erklärung fordern sie bis 2030 eine Verdoppelung der Wasserproduktivität, also der

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und VordenkerInnen

Lateinamerika

Zwischen Ressourcenausbeutung und „gutem Leben“



Atemberaubende Naturschönheiten und verseuchte Mondlandschaften liegen in Lateinamerika ebenso nahe beieinander wie der immense Reichtum einer dünnen Oberschicht und die bittere Armut weiter Bevölkerungsteile. Nach einer langen Phase politischer Instabilität und Gewalt hat sich in der Region die Demokratie durchgesetzt. Doch noch merkt die Zivilgesellschaft wenig vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ – sie begehrt auf gegen die wachsende soziale Ungleichheit, korrupte Eliten und die katastrophalen Folgen einer Entwicklungsstrategie, die auf die maximale Ausbeutung von Rohstoffen und Agrarland setzt.

Mitherausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung
Mit Beiträgen von Héctor Alimonda, Elmar Altvater, Michael Alvarez, Ingrid Spiller, Maristella Svampa u. v. a.



Lateinamerika
politische ökologie (Band 134)
144 Seiten, 16,95 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-425-8

Erhältlich bei
www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

oekom
verlag

effizienten Nutzung gemessen am Wirtschaftswachstum. Außerdem sollen bis dahin alle Menschen Zugang zu sauberem Wasser und sicheren Abwassersystemen haben. Diese Forderungen sollen in die Debatte über die UN-Nachhaltigkeitsziele einfließen. [am]

► www.kurzlink.de/stockhol-statem-2013

Fukushima

Verseuchtes Grundwasser gelangt ins Meer

■ Die Betreiberfirma Tepco bekommt die Probleme mit dem havarierten AKW Fukushima nach wie vor nicht in den Griff. Die japanische Regierung gab an, dass seit zwei Jahren radioaktiv verseuchtes Grundwasser ins Meer fließt – derzeit 300 Tonnen am Tag. Die Kontaminierung beschränke sich jedoch auf Bereiche nahe dem Kraftwerk. Versuche, das Wasser mit einem unterirdischen chemischen Schutzwall zurückzuhalten, scheiterten. Auch das Abpumpen des Wassers kann das Problem nicht lösen, da die Speicher fast voll sind. Das Wasser droht nun an die Oberfläche zu gelangen. [vm]

► www.kurzlink.de/fukushima-folgen2013

EU-Fischerei I

Sünder verlieren Fangquoten

■ Die EU-Kommission hat im August Mitgliedstaaten, die 2012 ihre Quoten überschritten haben, die Fangrechte für 2013 gekürzt. Die „Quotensünder“ müssen in den Beständen, die sie überfischt haben, dieses Jahr weniger fischen als ursprünglich veranschlagt. Außerdem bestraft die Kommission eine kontinuierliche Überfischung sowie das Überziehen der Fangquote um mehr als fünf Prozent mit weiteren Abzügen.

Platz eins der Kürzungen belegt Polen, dessen Fangquote für Hering die Kom-

mission um fast zwei Millionen Tonnen gekürzt hat. Deutschland ist kaum von den Kürzungen betroffen. Lediglich vom Katzenhai haben deutsche FischerInnen zu viel gefischt, sodass die Quote um eine knappe Tonne gekürzt wurde.

Ziel des Sanktionsmechanismus ist, entstandene Schäden an den überfischten Beständen auszugleichen. Fischereikommissarin Maria Damanaki betonte, die strikte und gerechte Durchsetzung der Vorschriften sei Voraussetzung für die Umsetzung der reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik. [am]

► www.kurzlink.de/fish-quot-2013

DNR-Steckbrief

Die neue Fischereipolitik

■ Die Gemeinsame Fischereipolitik der EU wurde in den letzten zwei Jahren reformiert. Die wichtigsten Neuerungen finden Sie übersichtlich zusammengefasst in einem DNR-Steckbrief. [am]

► www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-gfp-ergebnisse.pdf

Handelspolitik

Kein Hering von den Faröern

■ Produkte, die Hering oder Makrele von den Faröer-Inseln enthalten, dürfen seit Ende August vorerst nicht mehr in die EU eingeführt werden. Damit reagiere die EU-Kommission auf die kontinuierliche Überfischung der Bestände durch die Faröer-Inseln, heißt es in einer Mitteilung.

Die EU, Norwegen, Russland, Island und die Faröer Inseln haben das gemeinsame Befischen der Heringsbestände im Nordatlantik in einem Abkommen geregelt, das die Faröer nun einseitig aufkündigten und ihre Fangquoten hochsetzten. EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki bezeichnete das Embargo als allerletztes Mittel, nachdem Verhandlungen mit den Faröer Inseln gescheitert waren.

Erst letztes Jahr hatten der EU-Ministerrat und das EU-Parlament eine entsprechende Verordnung verabschiedet, die es der Kommission erlaubt, Handelsembargos gegenüber Drittstaaten zu verhängen, die sich nicht an ausgemachte Fangquoten halten. Auch gegenüber Island erwägt die Kommission Sanktionen, hier laufen allerdings noch die Verhandlungen. [am]

► www.europa.eu/rapid (Referenz: IP/13/785)

Grundwasser

EU konsultiert zu Qualität

■ Die EU-Kommission hat seit Ende Juli eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie zum Schutz des Grundwassers geschaltet. Damit will die Kommission Meinungen für die erste Überprüfung der Anhänge sammeln. Darin werden die Grundwasserqualitätsnormen, die Grenzwerte für Schadstoffe im Grundwasser und die Verschmutzungsindikatoren festgelegt. Alle sechs Jahre muss die EU-Kommission die entsprechenden Anhänge überarbeiten und gegebenenfalls Legislativvorschläge unterbreiten. Interessierte können sich bis zum 22. Oktober an der Konsultation beteiligen. [hk]

► www.kurzlink.de/cons-groundw-com

Direkte Demokratie

Bürgerrecht auf Wasser

■ Mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) Recht auf Wasser ist die erste EBI erfolgreich zu Ende gegangen. Bis Mitte September sammelten die Initiatoren knapp 1,9 Millionen Unterschriften und knackten die Mindestzahl in 13 EU-Mitgliedstaaten. Damit übertrafen sie das doppelte Quorum – eine Million Unterschriften mit Mindestzahlen aus mindestens sieben verschiedenen EU-Ländern – bei Weitem. Einer der Hauptgründe für den Erfolg der Bürgerinitiative war vermutlich die Aufregung um die EU-Konzessionsrichtlinie. KritikerIn-

nen befürchteten, dass die Richtlinie zu einem Privatisierungszwang für Wasserdienstleistungen durch die Hintertür führen könnte. Die Kommission bestritt dies zwar, stimmte aber dennoch zu, Wasserdienstleistungen aus dem Geltungsbereich der Richtlinie herauszunehmen. [am]

► www.right2water.eu

Hochwasserschutz

Mehr Platz für Flüsse?

■ UmweltministerInnen von Bund und Ländern haben Anfang September auf einer Konferenz beschlossen, bis Herbst 2014 einen nationalen Hochwasserschutzplan zu entwickeln. Zuständig für den Plan soll die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) zusammen mit den Flussgebietsgemeinschaften sein. Zentrale Maßnahmen sollen Rückdeichungen sein, um den Flüssen mehr Raum zu geben. Außerdem wollen die Bundesländer Hochwassermaßnahmen besser untereinander absprechen.

Der DNR und der BUND forderten vor dem Ministertreffen, einen Schwerpunkt auf die Vermeidung extremer Pegelstände zu legen. Auflaufende Wassermengen müssten frühzeitig in der Fläche verteilt werden. Solange es kein umfassendes Konzept dafür gebe, müsse deshalb ein Moratorium für den Verkauf von hochwassergefährdeten Flächen gelten. Die Grüne Liga wies im Zusammenhang mit den Beschlüssen der MinisterInnen darauf hin, dass die Umweltministerkonferenz nach dem Hochwasser von 2002 bereits einen ähnlichen Beschluss gefasst hatte. Auch DNR-Präsidiumsmitglied Sebastian Schönauer zeigte sich im Interview mit der Zeitung Neues Deutschland skeptisch, ob den Bekenntnissen zu mehr Raum für die Flüsse auch Taten folgen werden.

Das sächsische Umweltministerium hat währenddessen einen Erlass verabschiedet, der vorschreibt, die Hochwasserschäden auf „nachhaltige“ Weise zu beseitigen. So sollen Ufermauern nicht wiederhergestellt und veränderte Gewässerbetten in ihrem

durch das Hochwasser geschaffenen Zustand erhalten werden. Bauliche Anlagen sollen in überschwemmungsgefährdeten Gebieten nur risikoangepasst wiederhergestellt und Alternativen zum Wiederaufbau von öffentlichen Hochwasserschutzanlagen geprüft werden. [am]

- www.kurzlink.de/hochwas-prog-020913
- BUND, Gewässerexperte Winfried Lücking, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-465, E-Mail: winfried.luecking@bund.net, www.bund.net
- Grüne Liga, Wasserexperte Michael Bender, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 40393530, E-Mail: wasser@grueneliga.de, www.grueneliga.de, www.wrrl-info.de

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Freihandelsabkommen EU-USA

Ökologische Standards bewahren

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) und der Deutsche Kulturrat fordern die Bundesregierung dazu auf, eine Aufweichung der hiesigen Umwelt- und Kulturstandards durch das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU zu verhindern.

Würden durch das Abkommen die Marktzugangsbarrieren aufgehoben, wäre der Weg in Europa künftig etwa für genmanipulierte Lebensmittel, Chlorhähnchen oder Hormonmilch frei. „Wir erwarten von der EU-Kommission, dass sie das 1992 in Rio postulierte Vorsorge- und Verursacherprinzip verteidigt und das Freihandelsabkommen einer umfassenden, unabhängigen Nachhaltigkeitsprüfung unterzieht“, sagt Hartmut Vogtmann, Präsident des DNR.

Der Präsident des Deutschen Kulturrates Christian Höppner appelliert gemeinsam mit Vogtmann an Kommissionspräsident Barroso, „die Bereichsausnahme für Kultur und Medien bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen sicherzustellen und die

Transparenz während der Verhandlungen durch eine zeitnahe Außenkommunikation zu gewährleisten“. [hk]

► www.kurzlink.de/pm-dnr-ttip-kultur

Grünes Wachstum

EU und China gemeinsam

■ Ende Juli haben EU-Industriekommissar Tajani und Umweltkommissar Potočnik bei ihrem Treffen mit Spitzenpolitikern in China über grünes Wachstum gesprochen. Ziele des Treffens waren mehr wirtschaftliche Kooperation voranzubringen und den Zugang europäischer Unternehmen auf den chinesischen Markt zu erleichtern. Der Weltmarkt für grüne Produkte und Dienstleistungen hat zurzeit ein Volumen von 1.000 Milliarden Euro und wird sich schätzungsweise bis 2020 verdoppeln.

Des Weiteren wollen die EU und China ein gemeinsames Umwelt- und Nachhaltigkeitsprojekt initiieren, um die chinesischen Behörden bei der Bekämpfung von Wasserverschmutzung und Schwermetallemissionen sowie bei der Umsetzung einer nachhaltigen Abfallpolitik zu unterstützen. Das hemmungslose Wachstum der letzten 30 Jahre hat Chinas Umwelt stark beschädigt. Zurzeit ist China der größte Emittent von CO₂-Emissionen weltweit. 16 der am stärksten verschmutzten Städte der Welt befinden sich in China. [lr]

► www.kurzlink.de/memo-eu-china-gruen

Ressourcenverbrauch

Alles aufgebraucht

■ Laut der Umweltstiftung WWF und dem Global Footprint Network fiel der Welterschöpfungstag in diesem Jahr auf den 20. August. Dies bedeutet, dass an diesem Tag bereits alle erneuerbaren Ressourcen aufgebraucht waren. Schon seit 30 Jahren verbraucht die Menschheit zu viele Ressourcen. „Die größte Schuldenkrise ist

Nachhaltigkeit

A-Z

Ü wie
Überblick

Ob Klettergärten, Barfußpfade oder Waldkindergärten: Bildungsangebote in Natur und Wildnis boomen vielerorts. Wie gut sind nachhaltige Themen in der außerschulischen Bildung heute angekommen? Wie werden sie in der Praxis umgesetzt? Die Autoren dieser Studie haben genauer hingeschaut und bundesweit hunderte Einrichtungen befragt. Sie bieten einen umfassenden Überblick über die Erfolge, regen aber auch Verbesserungen an.

G. Michelsen, H. Rode, M. Wendler, A. Bittner (Hrsg.)
Außerschulische Bildung für nachhaltige Entwicklung
 Methoden, Praxis, Perspektiven
 208 Seiten, broschiert, 29,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-450-0

Erhältlich bei
 www.oekom.de
 oekom@verlegerdienst.de


 Die guten Seiten der Zukunft

der Raubbau an natürlichen Ressourcen. Wir leben jedes Jahr mehrere Monate auf Kredit“, warnt Christoph Heinrich, Geschäftsleitung Naturschutz beim WWF Deutschland. „Doch irgendwann müssen auch wir unsere Schulden bei der Natur begleichen – und die Tilgungszinsen werden immer höher.“ Klimawandel, Artensterben, und Wassermangel sind nur einige der Auswirkungen übermäßigen Ressourcenverbrauchs. Europa lebt im Vergleich besonders stark über seine Verhältnisse und verbraucht derzeit die Ressourcen von 2,66 Planeten. Zwar hat die Europäische Union mit der Veröffentlichung des Fahrplans für ein ressourceneffizientes Europa im Jahr 2011 einen Schritt in die richtige Richtung getan, jedoch gibt es bis heute keine bindenden Gesetze, die den Ressourcenverbrauch mindern. [lr]

► www.kurzlink.de/wwf-overshoot2013

Rohstoffpolitik**Steckbriefreihe veröffentlicht**

■ Powershift, der Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft, hat eine Steckbriefreihe zu Rohstoffpolitik veröffentlicht. Die Steckbriefe „Sorgfalts- und Transparenzpflichten für Unternehmen“ sowie „Alternative Rohstoffpartnerschaften“ sind bereits auf der Internetseite von Powershift erhältlich. Es folgen die Steckbriefe „Ressourcen besteuern“ und „Rohstoffpolitik demokratisieren“. Die Herausgeber der Steckbriefreihe, wozu auch der Deutsche Naturschutzring gehört, fordern eine faire und ambitionierte Rohstoffpolitik. [lr]

► www.kurzlink.de/rohstoff-sb-ps

Freihandelsabkommen**Proteste in Kolumbien**

■ In Kolumbien protestieren Bauern gegen elf Freihandelsabkommen, die die kolumbianische Regierung unterzeichnet

hat. Verschlechterte Arbeits- und Produktionsbedingungen sowie Preissteigerungen bei Dünger und Diesel lösten die Proteste im August aus. Das Abkommen mit der EU lässt 400.000 kolumbianische Milchbauern um ihre Existenz bangen, während die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte durch Einfuhr von Produkten wie dem stark subventionierten Mais aus den USA beeinträchtigt wird. Die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke Heike Hänsel forderte Ende August die Aussetzung des Abkommens der EU mit Kolumbien. Die Bundesregierung hatte dem Abkommen kürzlich offiziell zugestimmt. [lr]

► www.kurzlink.de/pm-haensel-kolumbien

Konfliktrohstoffe**Studie gibt Empfehlungen**

■ Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und das Öko-Institut haben im September Vorschläge für den Umgang mit der Konfliktfinanzierung von Rohstoffen aus der Demokratischen Republik Kongo präsentiert. Gold, Tantal, Wolfram und Zinn sind allesamt Rohstoffe, die dort gefördert werden, und ohne die beispielsweise Handys nicht funktionieren würden. Die USA verpflichtet bereits seit dem Jahr 2010 börsennotierte Unternehmen, die Herkunft bestimmter Rohstoffe offenzulegen. Auch europäische Konzerne müssen ab 2015 Projekte ab 100.000 Euro offenlegen. Das setzte das Europäische Parlament im April dieses Jahres durch.

Die Studie kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass zu strikte Nachweispflichten zur Vermeidung von Konfliktrohstoffen unerwünschte Nebenwirkungen haben können, wie etwa die Meidung aller Rohstoffe aus der Region. „Die europäische Politik und Industrie sollten deshalb den legalen und verantwortungsvollen Bergbau im Kongo gezielt fördern, anstatt lediglich die Verwendung von Konfliktrohstoffen zu unterbinden“, sagte Andreas Manhart, Autor der Studie. [lr]

► www.kurzlink.de/oekoinst-conflictmin

30 Jahre PCB-Management – ein unlösbares Problem?

Dioxineier, mit PCB verseuchtes Rindfleisch – immer wieder sorgen Lebensmittelskandale für große Schlagzeilen und heftige politische Debatten. Effektive Maßnahmen, um die Belastung der Umwelt mit polychlorierten Biphenylen (PCB) zu verringern, bleiben aber Fehlanzeige. Das mangelhafte PCB-Management steht beispielhaft für Hunderte giftige Chemikalien, die Umwelt und Gesundheit gefährden.

■ Ende August haben sich Experten auf der hochrangig besetzten DNR-Fachtagung mit dem Thema „30 Jahre PCB-Management – was ist (noch) zu tun? Lehren für den Chemikalien-Risk-Cycle einer Kreislaufwirtschaft“ beschäftigt. Sie analysierten Ursachen der immer noch hohen PCB-Belastung und suchten nach möglichen Lösungsansätzen.

Seit 1929 wurden PCB industriell hergestellt. PCB sind schwer entflammbar, elektrisch nicht leitend und wasserunlöslich, daher fanden sie in unterschiedlichen Varianten Verwendung in Transformatoren, Hydraulikanlagen und Kondensatoren, als Weichmacher in Farben, Fugendichtmassen oder Kunststoffen.

Erst nach einigen großen PCB-Unfällen in den 1970er-Jahren wurde die enorme Gesundheitsschädlichkeit der Stoffe immer deutlicher und erste Gegenmaßnahmen wurden eingeleitet. 1983 wurde in Deutschland die PCB-Produktion eingestellt, seit 1989 ist der Einsatz von PCB für sämtliche Anwendungen verboten.

Weltweit befinden sich aber noch immer rund drei Millionen Tonnen PCB in Anwendung, allein in Deutschland gibt es noch 20.000 Tonnen PCB in alten Fugmassen. Ein Inventar alter Bestände und aktueller Anwendungen gibt es allerdings nicht. Gerade die unsachgemäße Entsorgung und Zerstörung von PCB erhöhe die Dioxinmissionen um ein Vielfaches und damit auch die Gefahr einer großflächigen Kontaminierung, erklärte Roland Weber von der POPs Environmental Consulting.

Uwe Lahl, Professor an der Technischen Universität Darmstadt, stellte fest: „Trotz ausgearbeiteter Gesetzgebung, geschultem Personal und einer funktionierenden Abfallwirtschaft hat es das Industrieland Deutschland in den vergangenen 30 Jahren nicht geschafft, das PCB-Problem in

den Griff zu bekommen.“ Mit eindrücklichen Zahlen und Beispielen verschiedener Lebensmittelskandale in Deutschland und anderen EU-Staaten untermauerte Roland Weber diese Aussage. Er zeigte auf, wie PCB in den Nahrungsmittelkreislauf gelangt und für kontaminiertes Wasser und Böden verantwortlich ist.

Nachhaltigkeit durch Kreislaufwirtschaft

Der wissenschaftliche Direktor und Geschäftsführer des Sekretariats für Zukunftsforschung Rolf Kreibich zog in seinem Statement ein ernüchterndes Fazit aus 30 Jahren PCB-Management: „Viel hat sich nicht verändert.“ Seine Kritik zielte vor allem auf die ungenügende Abfallpolitik. Trotz des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, das vor 19 Jahren beschlossen wurde, sei Deutschland immer noch weit von einer echten Kreislaufwirtschaft entfernt. Hohe Verwertungsquoten von 73 bis 93 Prozent bei Verpackungsmaterialien täuschten leicht darüber weg, dass weder Rohstoffe wie Seltene Erden noch toxische Stoffe aus den Abfällen gehoben würden. Stattdessen wandere noch zu viel in die Verbrennungsanlagen, wo erneut Dioxine entstehen. Kreibichs Appell an die Politik war daher eindringlich: „Das 20. Jahrhundert war das Zeitalter der Arbeitsproduktivität, das 21. Jahrhundert muss nun das Zeitalter der Ressourcenproduktivität werden. Es muss gelingen, nachhaltige Entwicklung durch eine echte Kreislaufwirtschaft zu gestalten. Hierzu braucht es auch einen ambitionierten Chemikalien-Risk-Cycle.“

Dem stimmte der Präsident des Umweltbundesamts (UBA) Jochen Flasbarth zu. Er stellte außerdem fest, dass Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge bislang in der politischen Betrachtung keine Rolle gespielt hätten. Zusammen mit PCB-verseuchten Böden, schlechtem Management

alter Bestände und noch offenen PCB-Einträgen in die Umwelt ergebe sich kein gutes Bild des PCB-Managements.

Vorsorgeprinzip stärken

In der Umwelt- und Chemikalienpolitik dürfe das Vorsorgeprinzip nicht als altmodisch abgestempelt werden, mahnte der UBA-Chef auch in Richtung der Umweltverbände. Das Prinzip, Umweltschäden und Gesundheitsbelastungen trotz unvollständiger Wissensbasis im Voraus zu vermeiden oder zu verringern, ist zentraler Bestandteil des europäischen Chemikalienregisters (REACH). Chemikalien müssen hier eingetragen und zur Verwendung freigegeben werden, allerdings geschieht das nur sehr langsam. Vor allem aber müsse die Beweislast umgekehrt werden, forderte Jochen Flasbarth: „Chemikalien, die im Verdacht stehen, gesundheitsschädlich zu wirken, müssen verboten werden. Es sei denn, die Industrie kann diesen Verdacht nachweislich entkräften.“

Auch Uwe Lahl sieht in REACH einen möglichen Lösungsansatz für einen effektiven Chemikalien-Risk-Cycle, mahnte aber auch andere politische Maßnahmen beispielsweise über die europäische Abfallgesetzgebung, die Ökodesignrichtlinie oder ein europäisches Umweltlabel an. DNR-Präsident Hartmut Vogtmann forderte zusätzlich, das Verursacherprinzip kompromisslos anzuwenden. Die Industrie, die maßgeblich für die hohe Belastung mit PCB verantwortlich ist, müsse für die Folgekosten aufkommen. Steigende Gesundheitskosten und Kosten für die Beseitigung der PCB-Altlasten dürften nicht den SteuerzahlerInnen zur Last fallen, sagte Vogtmann. [Daniel Hiß]

► DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 7681775-70, www.dnr.de

DNR INTERN

Generationengerechtigkeit

Jugend soll sich vernetzen

■ Nachdem Sozial- und Umweltverbände im Sommer eine engere Zusammenarbeit beschlossen haben, wird dieser Prozess nun auch für deren Jugendorganisationen angestrebt. Denn nur, wenn sich die Sozialverbände nicht dem notwendigen ökologischen Umbau verschließen und die Umweltverbände die sozialen Implikationen ihrer Forderungen nicht außer Acht lassen, kann eine nachhaltige Gesellschaft entstehen. Die Arbeiterwohlfahrt und der Deutsche Naturschutzring wollen daher Vertreterinnen und Vertreter der Jugendorganisationen aus dem Umwelt- und Sozialbereich an einen Tisch bringen. In einem Workshop am 8. Oktober sollen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erstmals darüber austauschen, wie sie ihr Engagement und ihre Expertise verknüpfen und für das Ziel sozial-ökologischer Gerechtigkeit einsetzen können. [mbu]

- ▶ DNR, Projekt Generationengerechtigkeit, Theresa Klostermeyer, Tel. +49 (0)30 / 6781775-87, E-Mail: theresa.klostermeyer@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ www.nachhaltigkeits-check.de

AUS DEN VERBÄNDE

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsverbände des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in regelmäßigen Abständen die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt. Den Auftakt bilden die drei neuen Verbände, die im Dezember auf der Mitgliederversammlung aufgenommen wurden. Danach werden die Portraits in alphabetischer Reihenfolge fortgesetzt.

Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF)

■ Seit 1967 widmet sich die Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF) der Förderung des Umweltschutzes, speziell dem Fluglärmschutz, dem Schutz der Nachtruhe und dem der Landschaft in Flughafennähe. In ihrer Satzung sind zehn Forderungen, wie zum Beispiel die Einführung eines achtstündigen Nachtflugverbots an Flughäfen, verankert. Die BVF ernennt Mitglieder, die in Fluglärmkommissionen die Behörden über Maßnahmen gegen Fluglärm und Luftverunreinigungen beraten. Außerdem wirken sie in Anhörungen von Parlamenten und Ausschüssen auf Landes- und Bundesebene mit. Des Weiteren hat der Verein eine beratende Funktion gegenüber dem Gesetzgeber und veranstaltet verschiedene Seminare. Zu ihren Mitgliedern zählen circa 40 Städte und Gemeinden und knapp 100 Schutzvereinigungen an Verkehrs-, Militärflughäfen und Landeplätzen. Diesen steht die BVF in Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren als Berater gegenüber. Sowohl Personen als auch Personenvereinigungen können jederzeit Mitglied werden. [hk]

- ▶ Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF), Dr. Inke W. Schumacher, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 66850-71, -73, E-Mail: geschaeftsstelle@fluglaerm.de, www.fluglaerm.de

David gegen Goliath

■ Im Gegensatz zu anderen Tier- und Naturschutzorganisationen wurde die Bürger- und Umweltorganisation „David gegen Goliath“ nicht durch eine perfekt durchdachte Werbestrategie geboren, sondern ist das Ergebnis einer spontanen Reaktion auf den Super-GAU in Tschernobyl im Jahr 1986. Seitdem setzt sich der Verband für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie ein.

Bereits zwei Jahre nach der Gründung begannen die „Davids“, sich für die Förderung von Sonnenenergie einzusetzen. Von da an lautete ihr Motto „Contra Atom – Pro Sonne Bewegung“. Mittlerweile gehören etwa 1.800 Mitglieder zu der Bewegung. Zu den Aktionen des Vereins zählen unter anderem die Energiefestivals, bei denen unter anderem Künstler für Sonnenenergie

werben, sowie Solargeschenke für die Einwohner der Stadt München. [rm]

- ▶ David gegen Goliath, Bernhard Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 236620-50, Fax -60, E-Mail: info@davidgegengoliath.de, www.davidgegengoliath.de

Demeter

■ Demeter hat sich seit der Gründung 1924 als internationale Bio-Marke etabliert und steht für eine bio-dynamische Wirtschaftsweise. Hierzulande gehören mittlerweile 1.400 Landwirte, circa 330 Hersteller und Verarbeiter und über 500 Demeter-Aktiv-Partner-Läden dazu. Für Produkte, die mit dem Demeter-Siegel gekennzeichnet sind, garantiert Demeter den Verbrauchern diese Qualität. Der Hersteller bürgt dagegen mit seinem Namen für die sorgfältige Verarbeitung. Die Richtlinien für die Erzeugung und die für die Verarbeitung stellen die Vereinbarung über Mindestanforderungen für das Demeter-Siegel dar. Die Marke ist auf allen Kontinenten und damit auch mit einer Vielfalt von Produkten vertreten. Dennoch müssen diese sowohl nach denselben Grundlagen erzeugt als auch hergestellt werden. Auch Verbraucherinnen und Verbraucher werden mit einbezogen und können sich beispielsweise in den Demeter-Verbrauchervereinen in Nürnberg oder Wiesbaden einbringen. Seit diesem Jahr gibt es außerdem die Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft. [hk]

- ▶ Demeter, Klemens Fischer, Dr. Alexander Gerber, Darmstadt, Tel. +49 (0)6155 / 8469-0, -11, E-Mail: info@demeter.de, www.demeter.de

EHRENAMT

Europäisches Bürgerjahr

Faltblatt informiert

■ Gebündelt in einem Flyer liefert die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) Informationen über das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger. Von Serviceangeboten über Möglichkeiten zur Be-

teilung und Kontaktadressen erfahren Interessierte, was sie wissen wollen.

Das Bürgerjahr 2013 will vor den Europawahlen im kommenden Jahr das Bewusstsein für die in der EU geltenden Bürgerrechte schaffen. Es soll auch vermitteln, mit welchen Instrumenten die Einwohnerinnen der EU sich an Gesetzgebungsprozessen beteiligen können, zum Beispiel durch Konsultationen oder durch die Europäische Bürgerinitiative. [mbu]

► www.netzwerk-ebd.de/fileadmin/files_ebd/PDF-Dateien/Folder-Europajahr.pdf

Woche des Bürgerengagements

Ehrenamt stärkt Gemeinwesen

■ Zum neunten Mal hat es im September geheißen: „Engagement macht stark!“. In der bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements stellten Initiativen, Vereine, Verbände, staatlichen Institutionen, Stiftungen und Unternehmen zahlreiche Formen des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland vor. Schwerpunkte waren in diesem Jahr Partnerschaften zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen, Rahmenbedingungen für Engagement sowie Partizipation und Bürgerbeteiligung.

Bundespräsident Joachim Gauck hatte die Schirmherrschaft für die Woche des bürgerschaftlichen Engagements übernommen und dessen Bedeutung für den Zusammenhalt der Gesellschaft betont. Bei der Auftaktveranstaltung in Mainz sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer: „Mit ihrem freiwilligen Engagement tragen Bürgerinnen und Bürger zu einer Kultur der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens bei und stärken damit den Zusammenhalt der Gesellschaft.“ [mbu]

► Woche des bürgerschaftlichen Engagements:
www.engagement-macht-stark.de

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Naturschutzpreis 2013

DNR-Verbände ausgezeichnet

■ Ende August ist der Deutsche Naturschutzpreis 2013 verliehen worden. Zwei der drei gleichwertigen Preise erhielten Projekte von Regionalgruppen des NABU. Unter dem Motto „Lebensraum Wasser – Vielfalt entdecken, erleben, erhalten“ gewann das Projekt „Naturschutztauchen“

aus Brandenburg, das auch der Verband Deutscher Sporttaucher unterstützt, sowie eine NABU-Ortsgruppe aus Schleswig-Holstein mit ihrem Projekt „Trave-Kids auf Flusssafari“. Unter den drei Preisträgern war auch das Projekt „Ungehindert engagiert“ von EUROPARC Deutschland. Den Ehrenpreis erhielt Emil Dister, der Leiter des WWF-Aueninstituts für sein langjähriges Engagement für den Erhalt und die Renaturierung von Flussauen in Deutschland. [rm]

► www.deutscher-naturschutzpreis.de/einzelmeldung+M5705d221593.html

Deutscher Engagementpreis 2013

Publikumspreis per Klick

■ Vom 1. Oktober bis 1. November können Bürgerinnen und Bürger online über den Gewinner des mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreises entscheiden. Über die anderen Preisträger entscheidet eine Jury. Zur Wahl stehen 15 Initiativen und Projekte aus den verschiedenen Wettbewerbskategorien. Schwerpunktkategorie ist dieses Jahr „Gemeinsam wirken – mit Kooperationen Brücken bauen“. Die Preisverleihung ist am 5. Dezember in Berlin. [mbu]

► www.deutscher-engagementpreis.de

www.heldenmarkt.de

Heldenmarkt

Messe für nachhaltigen Konsum

5./6. Okt 2013
Frankfurt am Main

2./3. Nov. 2013
Stuttgart

16./17. Nov. 2013
Berlin

TERMINE

OKTOBER

02.–06.10., Sorsum (D)
Jugendkongress für eine nachhaltige Mobilität von Morgen – Stop & Go – Mobil geht auch anders!

► Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen, Franziska Lorenz, Tel. +49 (0)511 / 3942946, www.stopandgo-kongress.de

08.–09.10., Stuttgart (D)

Netzwerk21-Kongress „Nachhaltigkeit umsetzen – Wissen braucht Handelnde“. Kongress

► Grüne Liga Berlin, Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 44 33 91-0, www.netzwerk21kongress.de/de/programm_2013.asp

09.10., Vilm (D)

Biodiversität und Klima – Vernetzung der Akteure. Tagungsreihe

► Bundesamt für Naturschutz, Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm, Martina Finger, Tel. +49 (0)38 / 30186-112, E-Mail: Martina.Finger@bfv-vilm.de, www.kurzlink.de/vilmbfv-biodivtagng13

09.10., Bonn (D)

Phosphorgewinnung aus Abwasser und Klärschlamm. Informationsveranstaltung

► Umweltbundesamt, Andrea Roskosch, E-Mail: andrea.roskosch@uba.de, Simone Brandt, E-Mail: simone.brandt@uba.de, www.kurzlink.de/bmu-uba-phosphor

09.–13.10., Debrecen (HU)

Jahreskonferenz der EUROPARC Federation

► EUROPARC Federation Germany, Tel. +49 (0)941 / 59935980, E-Mail: office@europarc.org, www.europarc.org/conference-2013

10.–11.10., Berlin (D)

Elements of a Greenhouse Gas Neutral Society. Konferenz

► <http://www.ghgns.eu/>

15.10., Köln (D)

Sustainability Maker Convention 2013. Konferenz

► econcept, Ursula Tischner, Tel. +49 (0)221 / 4202676, E-Mail: u.tischner@econcept.org, www.sustainabilitymaker.org

15.10., Dessau-Roßlau (D)

Klimarobustes und nachhaltiges Deutschland.

Diskussion künftiger Forschungsschwerpunkte
 ► www.kurzlink.de/uba-klimarob-de

15.–18.10., Vilm (D)

Energielandschaften – Kulturlandschaften der Zukunft? Workshop

► Bundesamt für Naturschutz, Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm, Martina Finger, Tel. +49 (0)38 / 30186-112, E-Mail: Martina.Finger@bfv-vilm.de, www.kurzlink.de/bfvilm-enerland2013

24.10., München (D)

Stadtentwicklung und Brennpunkte des Güterverkehrs. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 / 251-146, E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de, web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php?id=576&lfidnr=1972&part=detail

24.–25.10., Freiburg (D)

Forschung für ein nachhaltiges Strom-Wärme-System. Jahrestagung

► ForschungsVerbund Erneuerbare Energien, Dr. Niklas Martin, Tel. +49 (0)30 / 288756571, E-Mail: fvee@helmholtz-berlin.de, www.fvee.de/fileadmin/veranstaltungen/13_10_24_JT13_Programm.pdf

25.10., Berlin (D)

Schützen was uns ernährt. Der Boden der Tatsachen, „lecture-day“ mit öffentlicher Podiumsdiskussion

► Agrar Koordination & FIA e.V., Heinrich Böll Stiftung, Tel. +49 (0)40 / 392526, Fax +49 (0)40 / 39900629, E-Mail: info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

28.–30.10., Berlin (D)

1. Internationale Konferenz zu künstlichem Licht bei Nacht

► Verlust der Nacht – Interdisziplinärer Forschungsverbund Lichtverschmutzung, International Dark Sky Association, Dr. Franz Höfker, Tel. +49 (0)30 / 64181665, E-Mail: alan2013@wew.fu-berlin.de, www.verlustdernacht.de/alan2013-en.html

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36
 Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Oktober 2013
 ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Daniel Hiß [dh], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr], **Redaktionelle Mitarbeit:** Fabian Carels [fc], Hannah Klocke [hk], Malte Hentschke [mh], Valerie Müller [vm], Valentina Voß [vv], Robert Multrus [rm], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD], **ökopäDNEWS:** siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.
Fotos: DLR (Titel), ©CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Christian Doppelgatz (S.27). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Daniel Hiß. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Recycling

Was machen die Kronkorken auf der Wiese?

Viele Städte und Gemeinden vermüllen zusehends. Das bedeutet nicht nur ästhetische, sondern vor allem auch ökologische Probleme. Deshalb versucht die Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) schon bei Kindern und Jugendlichen ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass die Umwelt kein großer Abfalleimer ist.

□ Der Frankfurter Grüneburgpark am Morgen nach der Abfeier umliegender Gymnasien gleicht einer Müllhalde: Die Rasenfläche ist übersät mit Fast-Food-Verpackungen und anderem Abfall. Aufräumen müssen das die Mitarbeiter des Grünflächenamts. Ein besonderes Ärgernis sind die in den Rasen eingetretenen Kronkorken. Jeder einzelne muss mühsam mit der Hand entfernt werden. So war das bislang Jahr für Jahr – bis auf diesen Sommer. Das Frankfurter Kommunale Jugendbildungswerk stellte – im Zuge weiterer Maßnahmen – eine Mülltonnenjukebox auf. Der Clou: Für fünf Kronkorken spielte sie aktuelle Hits. Sponsor war die Frankfurter Entsorgungs- und Service-GmbH (FES). Eine „fette“ Aktion, fanden die Schüler.

Anreize statt Sanktionen

Seit geraumer Zeit setzt die FES auf solche Aktionen. Denn die Erfahrung zeigt: Mit Verboten und Ordnungsstrafen lässt sich an der „Nach-uns-die-Sintflut“-Mentalität vieler Menschen kaum etwas ändern. Verschärft wird das Problem durch die „Coffee-to-go“-Kultur. Plastiktüten, Einwegverpackungen, Zigarettenskippen oder Werbeflyer landen achtlos weggeworfen auf Bürgersteig und Straße. Und immer weniger Menschen fühlen sich für die Sauberkeit des öffentlichen Raums verantwortlich.

43.000 Tonnenleerungen täglich, kostenlose Sperrmüllabfuhr (über 86.000 Einsätze in 2012), ein dichtes Netz von Abfallbehältern sowie eine „Mobile Schnellreinigung“ sind nur einige Beispiele dafür, wie FES die tägliche Müllflut managt. Neben der reinen Entsorgung agiert FES aber auch schon dort, wo Müll entsteht: Der Dienstleister will Menschen für das Thema Abfall sensibilisieren – und zwar nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern mit kreativen

Aktionen. Derzeit läuft beispielsweise eine Aktion zur fachgerechten Entsorgung alter Handys. Kunden einer Supermarktkette können dort direkt ihren „kleinen“ Elektroschrott entsorgen. Seit Jahren ist auch die Operation „Sauberkeitspaten“ erfolgreich. Mehr als 150 ehrenamtliche Bürger übernehmen in ihrem Stadtteil Verantwortung für mehr Sauberkeit. Einzelpersonen, aber auch ganze Familien, Kindergärten und Schulen machen hier mit.

Das zeigt langfristig Wirkung. Denn wer selbst schon mal Papierfetzen, Plastikteile oder alte Reifen aus Hecken, von Wiesen und Straßen gesammelt hat, oder wer erfahren hat, wie gefährlich Scherben auf dem Spielplatz sind und wie mühsam das Entfernen von Graffiti ist, lernt eine intakte Umwelt zu schätzen.

THEMENHEFT RECYCLING

Im Netzwerk stärker

Seit Jahren kooperiert die FES auch mit zahlreichen Initiativen wie „Sauberhaftes Hessen“, „Sauberhafter Schulweg“ oder „Sauberhafter Kindertag“ – zusammen veranstalten sie beispielsweise öffentlichkeitswirksame Müllsammelaktionstage, die das Umweltbewusstsein schon in jungen Jahren fördern. Gemeinsame Ziele prägen auch die Zusammenarbeit mit „Umweltlernen in Frankfurt“. Der Verein hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt und will gemäß der UN-Dekade das Thema nachhaltige Entwicklung im Bereich Bildung verankern. Gemeinsam mit der FES bietet er sogenannte Lernwerkstätten für Schulen rund um das Thema Abfall und Recycling an. Interessierte Schulklassen oder Kindergärten können sich gleich dazu die Fessie-Spiele

ausleihen. Darin stecken vielerlei Lern-, Spiel- und Bastelmaterialien, mit denen die Kinder rund um das Thema Abfall experimentieren und Neues entdecken können.

Spielerische Müllprävention

Schulen und Kindergärten sind bei der FES gern gesehene Gäste. Kindgerechte Führungen und Lernmodule bringen den Heranwachsenden das Thema Müll und Recycling auf spielerische und abwechslungsreiche Weise näher. Eigens für diese Zielgruppe hat die FES das Maskottchen „Fessie“ entwickelt. Der kleine Umweltdrache hat eine eigene Webseite, die Kindern Wissen, Spiel und Spaß in Sachen Abfall vermittelt. Dazu erklären Kinderreporter und Videos die Welt der FES. Seit 14 Jahren bringt FESSIE ein eigenes Magazin heraus. 12.000 Hefte mit kindgerechten Informationen, Anregungen und Aktionen werden viermal im Jahr an 270 Schulen, Tagesstätten und ähnliche Einrichtungen verteilt. Ein ganz besonderes Ereignis einmal im Jahr ist das große Fessie-Kinderfest. Im vergangenen Jahr kamen rund 4.500 Besucher – mehr als 1.500 Kinder mit Freunden, Eltern und Lehrern. An einer Station entstanden aus alten Shampooflaschen trendige Taschen, an einer anderen verwandelten sich leere Milchtüten in ein Pflanzgefäß und an der nächsten erlebten die Kinder, wie aus Bioabfall Kompost wurde. „Kinder zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt zu erziehen, ist ein wichtiger Schritt in Richtung Zukunft. FES will dazu beitragen, dass dies mit viel Spaß und Laune auch gelingt“, fasst Monika Dorn von der FES das Engagement zusammen.

▷ www.fessie.de

▷ www.fes-frankfurt.de

BLICKPUNKT

Rettet die Welt vor dem Müllmonster

Neue Jugendkampagne der NAJU zur Abfallvermeidung

Um Jugendliche für das Thema Abfall und Abfallvermeidung zu sensibilisieren und zu aktivieren, startet die Naturschutzjugend (NAJU) ihre neue Kampagne „Trashbusters“. Unter dem Motto „Rettet die Welt vor dem Müllmonster“ sind junge Menschen im Alter von 13 bis 17 Jahren aufgerufen, sich aktiv mit der Abfallproblematik auseinanderzusetzen. Dafür gibt es in diesem und auch im kommenden Jahr Aktionswochen, für die die NAJU kostenloses Umweltbildungsmaterial zu Verfügung stellt.

Aktiv vor Ort

Ganz konkret wird es im November: Vom 16. bis 24. November sind deutschlandweit Jugendgruppen aufgerufen, sich des Müllproblems vor Ort aktiv anzunehmen. Im Vordergrund stehen das Beseitigen des Mülls an bekannten Hotspots sowie kreative und öffentlichkeitswirksame Aktionen zum richtigen Umgang mit Abfall und Abfallentsorgung. Egal ob Schulklassen, Sportverein oder Jugendgruppe – bei der Müllsammelaktion packen alle mit an und setzen ein Zeichen gegen die Vermüllung ihrer Lieblingsplätze. Die NAJU unterstützt 500 Gruppen mit einem Aktionspaket. Darin enthalten sind eine 40-seitige Broschüre mit Informationen und Aktionstipps zu den Themen Abfall und Abfallvermeidung, Flyer zum fachgerechten Müllsammeln, ein großes Hinweisschild zur Kennzeichnung des gereinigten Gebiets und eine Muster-Pressemitteilung. Unter www.trashbusters.de kann das Aktionspaket für Jugendgruppen ab sofort bestellt werden.

Die kreativsten und öffentlichkeitswirksamsten Müllsammelaktionen werden von der

NAJU prämiert. Teilnehmende Gruppen können Sachpreise im Wert von 5.000 Euro gewinnen.

Müll-Hotspots 2.0

Um die bei Jugendlichen inzwischen selbstverständliche Vernetzung via Smartphone auch fürs Müllsammeln zu nutzen, bietet die NAJU eine eigene Trashbusters-App an. Die App bietet den jungen NutzerInnen die Möglichkeit, stark vermüllte Orte in ihrer Umgebung zu melden und die sogenannten „Müll-Hotspots“ auf einer Karte eingetragen. Gleichzeitig kann sich über die App zum Aufräumen der Hotspots verabreden und die Events in sozialen Medien geteilt werden. Außerdem gibt die App auch wertvolle Hinweise zum abfallvermeidenden Konsum sowie vier Aktionstipps zu den Themen Abfall und Abfallvermeidung. Ab Oktober steht sie auf der Homepage www.trashbusters.de zum Download bereit. Im September 2014 wird es eine weitere Aktionswoche geben, die sich mit dem Thema konkreter Abfallvermeidung im jugendlichen Alltag beschäftigt.

Daniel Henkel,

Referent für Kommunikation beim NAJU-Bundesverband

- ▷ www.trashbusters.de
- ▷ www.NAJU.de

SCHWERPUNKT: RECYCLING

Kostenloses ANU-Angebot für Schulen

Gib Abfall einen Korb

□ Ausgewählte ANU-Mitglieder bieten Schulen oder Jugendgruppen bundesweit die Begleitung von Projekttagen zum Thema Abfall an. In diesem Jahr können noch 25 Gutscheine für kostenlose halbtägige Einheiten ausgegeben werden. Hintergrund ist eine Kooperation der ANU mit dem Zeitbild-Verlag, der neue Schulmaterialien zum Thema Abfall für die Sekundarstufe I herausgebracht hat.

Das Materialset enthält Arbeitsblätter, Lehrerhandreichungen und Poster mit kurzen lehrplanorientierten Anregungen u.a. zu den Themen abfallarme Ernährung, Verpackung und Recycling, Zersetzung von Plastik oder auch zur Bewertung von

Werbetexten für Abfallkampagnen. Die Materialien können beim Zeitbild-Verlag unter www.zeitbild.de/abfall heruntergeladen werden. Gefördert wird das bundesweite Schulprojekt durch die Fachsparte Kaugummi des Bundesverbandes der deutschen Süßwarenindustrie (BDSI). Interessierte können sich für nähere Infos an abfallprojekt@anu.de wenden.

Der Zeitbild-Verlag lässt den Einsatz der Materialien demnächst von Gerhard De Haan vom Institut Futur der Freien Universität Berlin evaluieren. Wer bis zum 30. November an der Befragung teilnimmt, kann einen von 100 Büchergutscheinen im Wert von jeweils 15 Euro gewinnen. Wer darüber hinaus noch beim Wettbewerb „Junge Reporter für die Umwelt“ einen Beitrag zum Thema Abfall einreicht, dem winken weitere Sachpreise wie ein Tablet-PC.

- ▷ www.umweltbildung.de/abfallprojekt
- ▷ www.junge-reporter.org

Papierverbrauch

Spannender Krimi für den Schulunterricht

□ Papierverbrauch und seine Folgen für Mensch, Wald und Klima können ein wahrer Krimi sein. In der vier- bis sechsstündigen Unterrichtseinheit „Urwald-Papier-Krimi“ lösen die SchülerInnen einen Kriminalfall und erarbeiten auch den Hintergrundinformationen zu Verbrauch, Herkunft und Herstellung von Papier. Auch die verschiedenen Verantwortlichkeiten und Handlungsoptionen für einen nachhaltigen Papierverbrauch werden thematisiert.

Der Urwald-Papier-Krimi eignet sich für die Sekundarstufe I. Für Grundschulen bietet der Verein Papierwende Berlin die Schüleraktion Papierwende an.

- ▷ www.papierwende-berlin.de

Jugendredaktion TrenntJugend

Müll zu uns!

□ TrenntJugend ist die Online-Ausgabe des Jugendmagazins dreipunkt null zum Thema Müll. Hier werden Beiträge veröffentlicht, die auf verschiedenen Workshops im April in Berlin entstanden sind. Die Artikel, Dokumentationen, Trickfilme und Hintergrundinformationen geben einen Überblick über unterschiedliche Zugangswege in der Auseinandersetzung mit dem allgegenwärtigen Thema Müll. Die Stiftung Naturschutz Berlin fördert das Online-Magazin aus Mitteln des Förderfonds Trenntstadt Berlin.

▷ www.trenntjugend.tumblr.com

Aktionswoche

Europäische Woche zur Abfallvermeidung

□ Der beste Abfall ist der, der gar nicht erst entsteht. Während der Europäischen Woche zur Abfallvermeidung (EWAV) vom 16. bis 24. November präsentieren Initiativen und Projekte bereits zum vierten Mal, wie jede und jeder seine persönliche Abfallbilanz verbessern kann. Das Bundesumweltministerium ermöglicht die deutsche Teilnahme an der europaweiten Aktionswoche; der NABU-Bundesverband koordiniert im Auftrag des Ministeriums die Aktivitäten in Deutschland. Zur Aktion aufgerufen sind alle Organisationen, Initiativen, Verwaltungen, Handel, Industrie, Verbände, Kultur- und Bildungseinrichtungen, die sich mit dem Thema Abfallvermeidung beschäftigen. Anmeldeschluss ist der 1. November.

▷ www.www.nabu.de/ewav

UBA aktuell

Meere voller Plastik

□ Der Newsletter 02/2013 des Umweltbundesamtes beschäftigt sich unter verschiedenen Blickwinkeln mit Abfall und Recycling.

Die Themenpalette reicht dabei von Plastikmüll im Meer bis zum Eintrag von Arzneimittlrückständen im Wasser. Angenehm für den Leser sind die kurzen Texte, gefolgt von einer Liste mit Links und Buchtipps zur Vertiefung des jeweiligen Aspektes.

▷ www.umweltbundesamt.de/newsletter/UBA_nl_02_13.pdf

DNR-Themenheft

Ressource Abfall

□ Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings hat das zwölfseitige Themenheft „Ressource: Abfall. Auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft“ online und in gedruckter Fassung veröffentlicht. Das Heft nimmt Abfallvermeidung sowohl auf privater als auch auf politischer und ökonomischer Ebene in den Blick.

▷ www.eu-koordination.de/PDF/2013-1-abfall.pdf

Terra Cycle

Zahnfee gegen Abfall

□ Seit April 2013 können Schulen, Kindergärten, Vereine oder ähnliche Initiativen ihre verbrauchten Zahnpflegeprodukte sammeln und nachhaltig entsorgen. Nach Anmeldung auf der Webseite von Terra Cycle lädt man sich dort eine kostenlose Versandmarke herunter, klebt sie auf das Paket mit den gesammelten Produkten und bringt es zur Post. Die Abfälle werden von Terra Cycle gelagert, bis sie zu neuen Produkten recycelt werden. Als Dankeschön an alle AbfallsammlerInnen zahlt Colgate zwei Cent für jedes gebrauchte Zahnpflegeprodukt. Das Geld können die Teilnehmer dann an eine gemeinnützige Organisation ihrer Wahl oder den Förderverein einer Schule spenden. Zudem bietet das Programm Materialien mit kindgerechten Informationen zu Recycling und Abfall.

▷ www.terracecycle.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Umweltzentrum Hannover e.V.

„Veggietag – bunt.bio.lecker“

□ Das vom Umweltzentrum Hannover mitorganisierte Projekt „Veggietag – bunt.bio.lecker“ wird in der Region Hannover sehr erfolgreich vor allem in der (Betriebs-) Gastronomie sowie von KiTas, Schulen und Seniorenheimen angenommen. Einige Tausend Gäste konnten in bisher drei Jahren Projektlaufzeit bei mehr als 150 Aktionstagen über die Vorteile vegetarischer Angebote sowie die Vorzüge von Erzeugnissen aus ökologischem Landbau informiert werden. Das Projekt unterstützt Restaurants und Kantinen bei der Einführung eines vegetarischen Angebots unter anderem durch Schulungen oder Exkursionen zu regionalen Bio-Erzeugern. Am 31. Oktober findet in Hannover dazu die Tagung „Veggietag – Gewinn für alle: Erfolgsmodell für Klimaschutz, gesunde Ernährung, gerechte Entwicklung und Tierhaltung“ statt.

▷ www.veggietag-hannover.de

ANU Bayern

Brücken in die Zukunft

□ Die ANU Bayern lädt am 10. Oktober von 10 bis 16 Uhr im Ökologischen Bildungszentrum München alle an Umweltbildung/BNE Interessierten zu ihrer Jahrestagung „Brücken in die Zukunft – Biodiversität und Klimaschutz in der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ein. Im Anschluss an die Tagung findet von 17 bis 19 Uhr die diesjährige Mitgliederversammlung statt. Das Programm gestalten unter anderem Hartmut Graß, einer der renommiertesten deutschen Klimawissenschaftler, mit einem Vortrag über die aktuellen Ergebnisse und Prognosen der Klimaforschung, deren Auswirkungen auf die Natur und die Bedeutung von BNE. Christiane Schell vom Bundesamt für Na-

turschutz spricht über die Herausforderungen beim Erhalt der biologischen Vielfalt und die nationale Biodiversitätsstrategie in Bezug auf BNE. Annette Dieckmann, Vorsitzende des ANU Bundesverbandes, berichtet über Trends bei der Förderung und Verankerung der BNE auf Bundesebene. Ergänzt wird die Tagung durch Workshops und die Präsentation von Praxisprojekten. In diesem Rahmen wird die ANU Bayern auch die „gemeinsame Erklärung der Bayerischen Staatsregierung und der ANU Bayern e.V. für eine Zusammenarbeit zum Schutz des Klimas“ unterzeichnen.

▷ www.anu-bayern.de

WISSENSWERT

Stiftung „éducation 21“

Kinderrechte und BNE

□ Zum Tag der Kinderrechte am 20. November hat die Stiftung „éducation21“ zusammen mit NGOs Unterrichtseinheiten für alle Schulstufen entwickelt. In den Arbeitsblättern und Materialien für LehrerInnen werden die Kenntnisse der Kinderrechte mit den verschiedenen Dimensionen einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung verknüpft.

▷ kinderrechte.education21.ch

Perspektiven der UN-Dekade nach 2014

Zukunftsstrategie 2015+

□ Das Nationalkomitee für die UN-Dekade BNE hat eine Strategie für Bildung für nachhaltige Entwicklung nach Ende der Dekade entworfen. Im Positionspapier „Zukunftsstrategie 2015+“ nennt das Komitee als Zielsetzungen zum Beispiel die Entwicklung vom Projekt zur Struktur und die Integration von BNE in lokale Bildungslandschaften.

Für Folgeaktivitäten auf UN-Ebene hat die Unesco ein fünfjähriges Aktionsprogramm vorgeschlagen, das alle Bildungs-

bereiche einschließt. Ein UN-Beschluss hierzu wird erst im Herbst 2014 erwartet. Außerdem hat die Bundesregierung den „5. Bericht zur Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vorgestellt. Er betont neben den Erfolgen insbesondere, dass weitere Bemühungen notwendig sind.

▷ www.bne-portal.de/un-dekade/folgeaktivitaeten

Umweltbibliotheken

Fit für das Informationszeitalter

□ „Fit für das Informationszeitalter“ – unter diesem Motto wollen sich die Umweltbibliotheken in Rostock, Stralsund und Neubrandenburg weiterentwickeln. Ausgewählte Neuzugänge werden auf der Facebookseite der Umweltbibliothek vorgestellt. Empfehlenswerte Materialien gibt es zudem auf www.umweltschulen.de/mediathek. Per Fernleihe können diese Materialien auch bundesweit ausgeliehen werden. Auf ihrem Weg ins Informationszeitalter werden die Umweltbibliotheken von der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der Veolia Stiftung und lokalen Partnern wie den örtlichen Sparkassen unterstützt. Das Projekt wird vom BUND Neubrandenburg geleitet.

▷ www.umweltschulen.de/bibo/umweltbibliotheken-informationszeitalter.html

Wettbewerb

Mobiler Alltag 2023

□ Wie sieht unser mobiler Alltag in zehn Jahren aus? Wie wird sich Mobilität verändern und wie können wir sie nachhaltiger gestalten? Antworten auf diese Fragen sucht die Deutsche Unesco-Kommission im bundesweiten Wettbewerb „Mobiler Alltag 2023“. Auf der Website des Wettbewerbs können Interessierte ab sofort ihre Ideen in kurzen Videos präsentieren, die von einer

Fachjury bewertet werden. Einsendeschluss ist der 4. November, die Abstimmung für den Publikumspreis startet am 6. November. Der Hauptpreis sind 2.500 Euro, der Publikumspreis ist mit 1.000 Euro dotiert.

▷ www.mobileralltag2023.de

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

8.–9.10.13, Stuttgart

7. Netzwerk 21 Kongress. Tagung

Der bundesweite Kongress ist Plattform zur Stärkung und Vernetzung von Nachhaltigkeitsinitiativen. www.netzwerk21kongress.de

14.–15.11.13, Frankfurt/Main

ANU Bundestagung

„Transformation von unten – Grassroots 2.0 trifft Umweltbildung“ und ANU-Mitgliederversammlung www.umweltbildung.de

26.–27.11.13, Leipzig

Perspektiven einer Bildung für nachhaltige

Entwicklung mit Erwachsenen. Seminar

Bildungslandschaften – Konzepte – Klima- und Energiewende www.oeko-akademie.de

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber



Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), oeokopaednews@anu.de;
Annette Dieckmann, dieckmannl@anu.de
ANU-Bundesverband e. V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de